

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierjährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Gezapft. Colonetzelle für Arbeitsgesuche 75 Pf. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schlüssel der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

## Gehorsam ist Freiheit.

„Das erste Kennzeichen eines freien Mannes ist, daß er sich nicht widersetzt, sondern gehorcht.“ (Charlyle)

Der Sklave fühlt die drückende Last der Ketten und sucht sich schon vor dem Worte des Gebieters. Der Feigling fürchtet Drohung und Strafe und erfüllt, innerlich kirschend und äußerlich ergeben, die Befehle der Borgelehrten. Der rohe Kraftrutsch läßt sich durch seine ungezügelten Triebe leiten zum offenen Widerstande und weiß nicht, daß er in sich selbst durch schwere Banden gefesselt ist. Der Mann „gehört“ hin auf die Gesetze, hört aus ihnen die Stimme der Ordnung, der Pflicht, der Gerechtigkeit; ihm sind sie nicht die willkürlichen Befehle eines Untermenschen, sondern die Gebote einer höchsten Autorität. Er unterscheidet, wählt und — gehorcht. In seinem Gehorsam liegt seine Freiheit.

Auf der Höhe hat man den weitesten Blick; das herrliche Gefühl der Unabhängigkeit und Freiheit. Es muß ein Mensch geistig hochstehen, damit er hinaus schaue über den Einzelbefehl in den wohlgeordneten Organismus menschlicher Gesetze, in die Lebenszentrale von Menschentwohl und Glück. Eine bedeutendere seelische Höhe hat der erstiegen, der ein sieht, daß alle Befehle und Gebote ihre wirksame Kraft erhalten von dem, der die Schöpfung in seiner Hand trägt, vom Herrn über Natur und Menschheit. Der besitzt eine des Mannes würdige Freiheit, der sich um dieser Autorität willen mit freudigem Bewußtsein vor freudem Willen beugt, wenn Recht und Vernunft es gebietet. Ein solcher Mann wird ebenso freiwillig nicht gehorchen und sich in ehrer Selbstständigkeit ausschließen, und auch alle Konsequenzen tragen, wenn sein Tunres ihm verbietet Menschentworf über Gotteshand zu setzen. Er kann eben „gehoren“, d. h. das Gebot hören, prüfen und entsprechend handeln mit Freiheit und Weisheit.

## Christl. Arbeiterschaft und Reichsversicherungsordnung.

II.

Von lebhaftem Beifall begrüßt, führte Abgeordneter Koslje Becker als zweiter Redner auf der Essener Versammlung folgendes aus: Verehrte Anwesende! Ich glaube, Kollege Stegerwald hat Ihnen eingehend und schlüssig bewiesen, daß die Reichsversicherungsordnung gemacht werden müßte, erstens von diesem Reichstage; weil es höchst fraglich ist, daß nach Ablehnung des Gesetzes es wieder gekommen wäre, und der nächste Reichstag ein besseres gebracht hätte, und daß zweitens dieses Gesetz nur verabschiedet werden könnte durch ein Kompromiß innerhalb der bürgerlichen Parteien. Ich will, um das Bild Stegerwalds noch durch einige Stiche zu ergänzen, Ihnen noch einen weiteren Grund angeben dafür, daß das Gesetz nur zustande kommen konnte durch ein Komprromiß, und zwar gebe ich daß: rein

### Parlamentarisch-technische Gründe.

Der Reichstag hält alljährlich 100 Sitzungen ab, in einer sieben- bis achtmonatigen Sitzungsperiode, und in dieser Zeit muß er auch die Stats fertig stellen, eine Arbeit, die die Zeit zwischen Weihnachten und Ostern in Anspruch nimmt. Wiro der Stat nicht fertig, so müßten die verbündeten Regierungen gegen die Verfassung Ausgaben machen, die der Reichstag nicht vorher bewilligt hat, sie müßten nichtbewilligte Einnahmen (Matrikularbeiträge) erheben. Also der Stat muß fertiggestellt werden, oder die Regierung müßte gegen die Verfassung handeln. Sie könnte nach den geltenden Verfassungsmäßigen Bestimmungen die Gehälter der Beamten nicht anzuzahlen und den Soldaten den Sold nicht geben sowie keine Einkäufe für Kaufmänner und Schiffe vornehmen. Das geht nicht. Deshalb ist der Einwand, den Stat abzulehnen und die Regierung dadurch zu zwingen, ein Unsinn und kindlich. Der Stat muß fertiggestellt werden. Die Sozialdemokratie sagt ja immer, die Staatsberatungen würden überhastet.

Der Reichstag muß aber auch andere wichtige Gesetze machen, die dringend der Erledigung bedürfen. Denn das deutsche Wirtschaftsleben ist in forschreitender Reiterentwicklung begriffen; das Deutsche Reich ist ein junges Staatengebilde; und es zeigt sich, daß geschaffene Kleid wird ihm zu eng. Die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung bringt ihm Risiko, die nicht größer werden dürfen, wenn die Gesamtheit nicht Schaden leiden soll. Nun bitte ich Sie zu bedenken, wieviel Zeit übrig bleibt; im Reichstag eine Reichsversicherungsordnung in der Form zu beraten, wie die Sozialdemokratie sie praktiziert, wenn die einzelnen Abgeordneten des Reichstages genau so eingehend sich an der Debatte beteiligt hätten, wie die Sozialdemokratien!

In der Kommission hatten wir 117 Sitzungen für das Hauptgesetz und 7 bis 8 Sitzungen für das Einführungsgesetz. Die Sitzungen waren fast stets von fünfstündigem Dauer. Die schwierige Materie mußte studiert und neue Anträge gestellt werden. In den Kommissionssitzungen geht es nicht so geschäftsordnungsmäßig wie im Parlament. Da werden sehr kurze Reden gehalten, auch seitens der Sozialdemokratien. Die Reden werden ja nicht transkribiert. In einer Kommissionssitzung kann man selbst bei Beteiligung aller vertretenen Parteien an der Debatte mehr leisten, wie in einer breitläufigen Sitzung. Sie müssen zugeben, daß man anstatt 117 350 Sitzungen gebracht haben würde, wenn der Reichs-

tag das Gesetz so hätte beraten wollen, wie es in der Kommission geschehen ist. Dann hätte der Reichstag in fünf Jahren das Gesetz nicht schaffen können.

Er hätte auch nicht die nötige Gelegenheit gefunden, in fünf Jahren den Stat durchzubereiten und abzuändern. Es wäre einfach eine technische Unmöglichkeit gewesen, das Gesetz im Reichstag durchzubereiten. Es mußte also ein festes Komprromiß vorher gebildet werden; nur ein festes Komprromiß gab die Möglichkeit, daß die Anträge der einzelnen Parteien nicht in denselben Umfang zur Wiederholung kamen, wie sie in der Kommission beraten und diskutiert wurden. Und so war es eine ganze Selbstverständlichkeit, daß wir, nachdem einmal das Komprromiß beschlossen war, keine Anträge mehr stellen. Wenn wir aus der Reihe tanzen, dann wären die anderen auch aus der Reihe getanzt, das Komprromiß wäre gesetzt und das Gesetz wäre, sogleich gewesen. Sie sehen also, daß schon aus rein parlamentarisch-technischen Gründen sich die Notwendigkeit des Abschlusses eines Komprromisses ergab.

Dann ist auch das eine nicht zu vergessen. Bei der Verabschiedung des Gesetzes kamen zwölf Teile des deutlichen Volkes in Frage, der eine Teil, dem man eine sozial-politische Wohltat erweisen wollte, und der andere Teil, der mit die Hälfte der Kosten dieses sozialpolitischen Gesetzes zahlen sollte, der aber selbst nichts davon bekam. Es war ganz selbstverständlich, daß wir da auch ein ganz klein wenig nachgeben müßten, dazu zwingen uns ja schon die gegenwärtigen Verhältnisse, weil wir ja die Macht nicht allein besitzen. Wir mußten so handeln, um etwas für die deutsche Arbeiterschaft herauszuschlagen.

Neben unterschreibt dann eingehend die Frage, ob die Schaffung des Gesetzes mit einer anderen Mehrheit des Reichstages möglich gewesen und kommt zu dem Ergebnis, daß ein Komprromiß mit den Sozialdemokraten unmöglich gewesen. Die Herrschaften forderten in der Kommission nicht mehr und nicht weniger, als daß in Zukunft die Reichsversicherungsordnung nicht eine Milliarde — soviel kostet das Gesetz, wenn es nächstes Jahr in Kraft tritt, als jährlich — sondern

### 3 Milliarden alljährlich

losten sollte. Waren nun die sozialdemokratischen Anträge in der Kommission angenommen worden, dann wären zu der Reichsversicherungsordnung, wie sie uns jetzt vorliegt, noch 2 Milliarden Mark pro Jahr hinzugekommen. Sie werden mir angeben, wenn es auch sehr angenehm gewesen wäre, wenn die Abvaldenrenten sich vervielfältigt, die Renten- und Unfallversicherung sich erhöht und die Hinterbliebenen-, Witwen- und Waisen-Rente sich erhöht oder vervielfältigt hätten, es doch einfach ein Unmögliches gewesen wäre, im Reichstage eine Mehrheit für die gewaltigen Machtforderungen zu bekommen, daß es ein Unmögliches gewesen wäre, die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu erhalten. Denn vergessen Sie bitte auch nicht, daß es in den Kreisen der Arbeitgeber eine Masse kleiner Leute gibt, die sozial nicht besser gestellt sind, als viele deutsche Lohnarbeiter; Sie brauchen nur an die kleinen Handwerksmeister mit 2 bis 3 Gesellen zu denken, die sich mühsam durchs Leben schlagen müssen. Dann aber hätten sich auch die Beiträge zweifellos verdreifacht.

Dabei erklärten die Sozialdemokraten ihre Forderungen für Mindestfordernungen. Es war somit ein Ding der Unmöglichkeit, mit den Sozialdemokraten einen Komprromiß zu schließen. Es wäre weiter keine Versicherungsordnung zu stande gekommen, ohne die Maßnahmen zu treffen, die den Mißbrauch der Krankenkassen

für die Zwecke der Sozialdemokratie unmöglich machen. Die Regierung hätte nicht noch 7 Millionen Personen in die Krankenversicherung einzbezogen; wenn nicht Maßnahmen getroffen worden wären, die den Sozialdemokraten die Möglichkeit nehmen, diese 7 Millionen Personen im Klassenkampf zu erziehen, den Klassenkampf in ihnen zu fördern und mit diesen sozial-politischen Einrichtungen, die dem Staat in seiner jetzigen Gestalt dienen sollen, mit diesen Einrichtungen den heutigen Staat zu untergraben. Die Sozialdemokraten weigerten sich, Maßnahmen zur Neutralisierung der Krankenkassen mit zu treffen. Sie leugnen, daß solche Maßnahmen notwendig sind, weil Mißstände in Krankenkassen nicht in dem Maße vorhanden seien, wie behauptet worden ist. Aus dem Grunde war es nicht möglich, mit den Sozialdemokraten ein Komprromiß abzuschließen. Weiter vergessen Sie bitte nicht: Hätten die sozialdemokratischen Abgeordneten mit verschiedenen anderen sozial-fortschrittlichen bürgerlichen Abgeordneten Bestimmungen in das Gesetz hineingetragen, die die Regierung als unannehbar erklärt, dann wäre das ganze Gesetz zu Fall gekommen.

Nun will ich noch eingehen auf die

wichtigsten Teile der Versicherungsordnung selbst. Sie wissen, daß die Regierung eine ziemlich weitgehende Zentralisierung der Krankenkassen vorschlug. Sie wollte größere Ortskrankenkassen und Betriebskrankenkassen. Sie wollte die Gemeindekrankenkassen beseitigen, in denen die Arbeiter nichts zu sagen haben, weil es dort keinen Vorstand von Arbeitgebern und -nehmern gibt; und weil dort alles Sachen des Gemeindevorstandes ist; u. a. die Kassenverwaltung und weil es in den Gemeindekrankenkassen die

erbärmlichsten Leistungen gibt; es gibt dort kein Stebegeld, keine Wocheneinnahmenunterstützung, keine Familiunterstützung; es gibt das niedrigste Krankengeld nach dem ortsüblichen Tagelohn usw. Sie wollte für die 7 Millionen neu zu versichernden Personen, Landarbeiter und Gesinde, die

### Landkrankenkassen

eine neue Organisationsform einführen. Die Sozialdemokraten beantragten nur eine einzige Kreiskrankenkasse für den Bezirk eines Versicherungsamtes. Das ist in Preußen ein Landratskreis bezw. eine Stadt von 40 000 Einwohnern und mehr. Sie wollten also für den Bezirk eines Versicherungsamtes eine Krankenkasse, die übrigen Krankenkassen sollten aber nicht weiter bestehen bleiben. Darauf gingen die Regierungen unter keinen Umständen ein, ja sie erklärten, sie würden niemals zulassen, daß eine Versicherungsordnung zustande käme, die die Betriebskrankenkassen vollständig beseitige und die kleine Landkrankenkasse zulasse. Es war auch ein Konsens, diesen sozialdemokratischen Antrag voll durchzuführen. Es wäre ein Unsinne gewesen, für jeden Landkreis eine einzige Krankenkasse zu schaffen. Redner weist das des Nächeren an einzelnen Beispielen nach.

Die Gründe aber, die ich für meine Haltung in dieser Frage angeführt habe, und deren Berechtigung man anerkennen muss, werden von den Sozialdemokraten einfach ignoriert. Der Genosse hält draußen die Rebe, die er eingepaßt bekommen hat, und unterschlägt einfach die Argumente des Gegners, um diesen als einen ausgezeichneten Witz und erbärmlichen Tölpel den Wählern hinzustellen. Gegen alle unsere Einwendungen die wir aus Zweckmäßigkeitsgründen hatten, ist man taub und ich habe im Reichstag dem Abg. Bebel gefragt: Wenn ich in meinen Wahlkreis käme und hätte dafür gestimmt, daß nur eine Krankenkasse geschaffen würde, würden meine Wähler mit dem Finger vor den Kopf zeigen und sagen, du bist wohl nicht recht gescheit. (Heiterkeit.) Über die Herren von der Sozialdemokratie rechnen nur auf Berlin, Leipzig, München. Das andere ist ihnen Brust. Sie gehen gern in das schöne Gebirge mit seinen eigenartigen Reisern, aber die Eigenart ist ihnen Brust. Bezuglich der

### Betriebskrankenkasse

halten wir auf unserem Gewerkschaftskongress gesagt, daß die Vorschläge der Regierungsvorlage nicht weit genug gingen, daß bei Schaffung neuer Betriebskrankenkassen den Versicherten das Recht gegeben werden sollte, ihre Zustimmung zur Schaffung oder Erhaltung der Kasse zu geben. Denn die Versicherten zählen zwei Drittel der Beiträge. Man sollte sie nicht bevormunden. Bis jetzt kann ein Arbeitgeber eine solche Kasse gründen, ob die Arbeiter wollen oder nicht. Ich habe in der Kommission gesagt, man sollte jede Kasse fallen lassen und die Möglichkeit einer Verständigung geben. Es würde dann manche große Betriebskasse fallen, die nach den jetzigen schematischen Bestimmungen besteht, in der aber die Rechte der Mitglieder nicht gewahrt sind und manche kleine gute Betriebskasse würde bestehen bleiben können. Die Sozialdemokraten stimmten in der Kommission dieser Idee, daß die Arbeiter das Zustimmungsrecht haben sollten, zu und der Antrag wurde mit ihrer Hilfe angenommen. Aber bei der Endabstimmung stimmten die Sozialdemokraten gegen den Paragraphen, weil sie das Zustimmungsrecht der Versicherten nicht haben wollten. Sie sagten sich, die Sozialdemokraten würden eine helle Kasse in den Kassen veranstalten, das Zustimmungsrecht würde man ausnutzen zur Schürfung des Klassenkampfes. Das war der politische Grund auf der anderen Seite des Hauses, den man verstehen muß, wenn ich ihn auch nicht für richtig halte. Der Paragraph 257 fiel und das war die erste große Krise in der Reichsversicherungsordnung. Die Regierung stand auf und erklärte, wenn die Betriebsklassen eliminiert würden, falle das ganze Gesetz und weil sie prinzipielle Gegner aller Betriebskrankenkassen seien und weil sie für einen Bezirk nur eine Kasse haben wollten. Die Unzweckmäßigkeit dieser Aussage habe ich bereits nachgewiesen. Auf der anderen Seite des Hauses, die Nationalliberalen, Konservativen und die Reidepartei, stimmten gegen den Paragraphen, weil sie das Zustimmungsrecht der Versicherten nicht haben wollten. Sie sagten sich, die Sozialdemokraten würden eine helle Kasse in den Kassen veranstalten, das Zustimmungsrecht würde man ausnutzen zur Schürfung des Klassenkampfes. Das war der politische Grund auf der anderen Seite des Hauses, den man verstehen muß, wenn ich ihn auch nicht für richtig halte. Der Paragraph 257 fiel und das war die erste große Krise in der Reichsversicherungsordnung. Die Regierung stand auf und erklärte, wenn die Betriebsklassen eliminiert würden, falle das ganze Gesetz und weil

die Sozialdemokraten wieder versagten, weil sie prinzipielle Politik trieben in einer eminent praktischen Frage — hier kommt doch die Westanschauung nicht in Frage — konnte man nicht auf sie rechnen und so fiel das Zustimmungsrecht in den Betriebskrankenkassen. In der zweiten Lesung mußte, um das ganze Gesetz nicht zu falle zu bringen, ein Ausweg gefunden werden.

Die innere Organisation der Krankenkassen ist mit der stärkste Gegenstand bei der Reichsversicherungsordnung. Sie wissen, daß die Regierung

### die Halbierung

vorschlug. Wir haben sie abgelehnt und gesagt, daß wäre eine Entziehung des arbeitenden Volkes; wir würden dagegen protestieren. (Sehr richtig!) Daraus wollen die Sozialdemokraten einen Gegensatz konstruieren. Ich habe auch auf dem Kölner Kongress im Anfang und Schluss meiner Rede gesagt: wir machen die Halbierung nicht mit, denn dadurch kommt das bürgerliche Element in die Kassen. Kommen Meinungsverschiedenheiten über den Ausbau der Kasse her. Mehrleistungen — die Kasse kann ja Mehrleistungen gewähren; jeder Kasse steht das frei — die der Arbeiter sowie der Arbeitgeber tragen muß; dann wird der Vorschlag

der nach der Regierungsvorlage aus dem Kreise der Arbeitgeber genommen werden muß — wäre dieser Vorstehende aus dem Kreise der Arbeitnehmer und hätte er den Auschlag zu geben, dann wäre die Erhöhung der Leistungen schon deswegen, weil er als Vorstandsmitglied auch in den Reihen der Arbeiter steht, sicher — doch nicht gegen sich selbst stimmen. Das den Knappenschaftskassen besteht ja die Halbierung und Sie werden sich der Kämpfe erinnern, die um ein paar Pfennige Mehrbeiträge geführt worden sind. Wir wollen den Verständerten die Verantwortung und das Recht lassen, die Krankenkassen auszubauen und beschlossen wir gegen die Halbierung. Denn jeder Arbeitnehmer hat ein Interesse daran, daß die Krankenkassen gut ausgebildet werden, damit ein möglichst hohes Krankengeld für die Familie herauskommt, damit die Familie auch etwas davon hat. Wenn die Proportionalwahl nicht genügen sollten, um den christlichen Arbeitern einen größeren Einfluss zu sichern; dann sollte man den Weg beschreiten, der jetzt vorgesehen ist, dann sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer getrennt über die Anstellung der Kassenbeamten abstimmen. Den Arbeitern ist es gewiß gleich, ob Hinz oder Kunz die Kassenbücher führt, für sie ist die Hauptfahne, daß das Statut gut ausgebaut werden kann.

Nebner ging dann auf die

**Mitsstände in den sozialdemokratisch geleiteten Kassen** näher ein und zeigte, wie die Sozialdemokratie neuerdings das Gesetzesfeld zu verschließen scheint im Abschluß von den Fall der Essener Ortskassenkasse. U. a. erinnert Nebner daran, daß in der sozialdemokratisch geleiteten Krankenkasse zu Frankfurt am Main während der Dienstzeit an die Beamten ein Flugblatt verteilt worden ist, in dem man sich an die Beamten der Kassen, Konsumvereine usw. wandte; sie sollten sich

#### mehr an der Agitation beteiligen,

um endlich den Vorwurf ihrer Parteigenossen aus der Welt zu schaffen, sobald sie Beamte geworden wären und gute Stellungen hätten, beteiligten sie sich nicht mehr genügend an der Kleinagitation. (Hört, hört!) Es ist Tatsache, daß sozialdemokratische Krankenkassenbeamte am 1. Mai jeternt, daß ferner bürgerliche nichtsozialdemokratische Beamte keinen Urlaub zu patriotischen Feiern bekommen. Das ist Tatsache, das hat die Kreuzzeitung gesagt und die Regierung hat es ebenfalls bestätigt. Ich habe gehört, bei einer Eis-Her-über-Buchbindereiungskrankenkasse in Berlin — welche, weiß ich nicht genau — sollen bei Beerdigungen von sozialdemokratischen Krankenkassenvorstandsmitgliedern von der Kasse Kränze mit roten Schleifen gespendet worden sein. Das war eine offene sozialdemokratische Demonstration. Es handelt sich also nicht darum, ob ein Krankenkassenbeamter ein zu hohes Gehalt bekommt.

Die Sozialdemokraten wollen jetzt von diesen Mitsänden, die ich geschildert habe, die Ausmechanik abziehen. Deshalb fangen sie mit dem

#### Fall in Essen

an und in einer offenen Anfrage in der Arbeiterzeitung vom 13. Mai wird gesagt, ich hätte davon gewußt, daß der Direktor Meier 11000 Mark Gehalt und 1200 Ml. Weihnachtsgratifikation bezahlt, ich hätte gewußt, daß der Vorstand dem Beamten Meier und anderen 52000 Ml. auf Sparbuchhüchtern hinterlegt hätte, als Entschädigung dafür, wenn das Einführungsgesetz der Reichsversicherungsordnung die Gehälter der Kassenbeamten senken sollte. Ich habe in der Kommission und im Plenum des Reichstages erklärt, daß ich das von nichts wusste. Ich habe denselben Anspruch auf Glaubwürdigkeit wie die Sozialdemokraten. Was sagen die Sozialdemokraten in der offenen Anfrage vom 13. Mai weiter? Sie sagen, wenn die Reichsversicherungsordnung im Erfolge hätte, daß bei einer Vertragstreiberei die Bezüge beschränkt würden, so würden wir das für kein großes Unglück halten. Dabei hat aber die Sozialdemokratie im Reichstage einen so fürchterlichen Maßnahmen geschlagen, daß die Reichsversicherungsordnung den Leuten an ihre hohen Gehälter herangehen will, das bedeute einen Eingriff in wohlerworbbene Vertragsrechte, das wäre noch nie dagekommen, daß man freigeschlossene Verträge abheben oder beseitigen will, man stelle das Vertragsrecht in Deutschland auf den Kopf usw. Da dachten die Berliner Herren vielleicht an

#### Berliner Krankenkassenbeamte.

Ich sage vielleicht! Was haben die Sozialdemokraten gemacht. Sie haben in Berlin in der Ortskassenkasse der Kaufleute, an deren Spitze der bekannte sozialdemokratische Kassenmann Cohn steht, versucht, neue Verträge zu schließen, die der Regierung durch die Aufsichtsbehörde kurz vor Schluss der Reichstagssitzung in die Hände kamen. In diesem Vertrag heißt es in § 2, Absatz 3 Satz 2:

„Ist die Veränderung der Organisation (der Kasse) durch Schließung, Vereinigung, Auflösung, Auflösung derselben — also durch Zentralisation, die die Sozialdemokraten doch beantragten, — durch Maßnahmen der Gesetzgebung oder Besolden unabhängig von einer Entschädigung über Mitwirkung der Kasse herbeigeführt, so hat die Kasse dem Herrn R. L. für die Lösung des Vertrages Erfolg zu leisten. Dieser ist zu gewähren in Höhe von 25 Prozent des bisher insgesamt bezogenen Gehaltes.“

Wenn also ein solcher Krankenkassenbeamter durch die Zentralisation der Kasse, die die Sozialdemokraten in noch größerem Maße vorzuwerfen verlangt haben, wie unter den beständigen Verhältnissen, überfällig werden sollte oder durch die neue Organisation geächtigt würde, dann sollte dieser Krankenkassenbeamte ein Viertel des bis zu diesem Tage bezogenen Gehaltes als Entschädigung bekommen. Hätte ein solcher Mann 10 Dienstjahre gehabt und pro Jahr 4000 Ml. Gehalt bekommen, dann würde er also in diesem Falle 10000 Mark Entschädigung auf den Arbeitsergebnissen genommen. Dabei hat die Kasse meines Wissens 120 Beamte, also einen großen Beamtenstab. Die Herren, die sich entzünden über die Essener Krankenkasse, wollten, daß solche Verträge in großem Maßstabe abgeschlossen würden.

In seinen weiteren Ausführungen hoffte Nebner sich dann noch mit den Leistungen in der Unfall- und Arbeitsversicherung. Er behandelte in der Hauptfahne die im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehenden frühtigen Punkte, die wir zum Teil schon früher eingehend behandelt haben und andererseits noch zurückkommen müssen. Kollege Becker schloß dann seine Ausführungen mit den Worten:

„Wenn ich die Reichsversicherungsordnung überwerfe, so sage ich, sie war es wert, daß sie angenommen wurde, sie bringt dem Arbeiter

**große Vorteile** im Verhältnis zu den lebhaften Versicherungsgesetzen. — Wir haben jetzt das Gerippe zum Weiterbau des Gesetzes. Die Sozialdemokraten sagen, wenn die Versicherungsordnung gefallen wäre, hätte der neue Reichstag von der Regierung eine neue erzwungen. Aber, es ist viel leichter, von der Regierung Verbesserungen zu erzwingen, wenn wir das Gesetz selbst haben. Selbst wenn der Reichstag imstande wäre, von der Regierung die Vorlegung einer neuen Versicherungsordnung zu erzwingen, so ist er doch viel leichter imstande, Aenderung von einzelnen Paragraphen zu erzwingen. Das kann jedes Kind begreifen. So wäre es höchst falsch gewesen, wenn wir das Gesetz abgelehnt hätten.

#### Warum lehnen die Sozialdemokraten das Gesetz ab?

Es bringt ihnen doch etwas, wenn es auch nicht alles bringt. Wenn mir jemand 3 Mark geben will und ich will 10 Mark haben, so sage ich doch nicht: „Weil du mir nicht 10 Mark gibst, will ich auch die 3 Mark nicht haben.“ Aber 3 Mark ist doch wenigstens etwas. Das Gesetz bringt uns Vorteile, materielle Vorteile. Deshalb müssten wir es annehmen. Deshalb lehnten die Sozialdemokraten es ab? Sie lehnten es ab, weil sie nicht mehr in bisheriger Weise ihre Parteianhänger in den Krankenkassen unterbringen können. (Schr richtig!) Das ist der Sozialdemokratie wichtiger als die Einbeziehung der sieben Millionen ländlicher Arbeiter und Dienstboten in die Krankenkassenversicherung, das ist ihr wichtiger als die Witwen- und Waisenversicherung, und das ist ihr wichtiger wie die Heraufsetzung des Krankengeldes. Die Sozialdemokraten haben durch die Ablehnung des Gesetzes eine große Schuld auf sich geladen, und sie haben abermals gezeigt, daß auf sie bei sozialpolitischen Gesetzesvorlagen kein Verlaß ist, daß mit ihrer Vertreterzahl nicht kalkuliert werden kann bei Mehrheitsbildung. Die Sozialdemokraten haben wieder einmal gezeigt, daß sie es sind, die die große Masse von Arbeitern, die hinter ihr herlaufen, aus der Gesetzesgebung selbst ausschalten. Die Sozialdemokratie ist es, die die Arbeiterschaft in ihrem Kampf um das Aufsteigen auf wirtschaftlicher Bahn schwächt. So spielt die Sozialdemokratie mit den Interessen von Millionen von Arbeitern, die sich haben einsingen lassen. Durch die unbefonnene Politik der Regierung haben die Sozialdemokraten andere Parteien gezwungen, Kommpromisse abzuschließen. Sie sind es, die uns in Abwälzungen bringen, die wir unter gewöhnlichen Verhältnissen vielleicht nicht machen würden, wenigstens nicht in dem Maße. Wir haben uns bemüht, eine Sprosse nach der anderen in die Leiter zu schieben, auf der

#### die deutsche Arbeiterschaft aufsteigen kann.

Ich bin überzeugt, daß das Votum der noch nicht durch die Sozialdemokratie verdeckten Massen der deutschen Arbeiterschaft sich nicht für die Sozialdemokratie, sondern für uns aussprechen wird. Der christlichen Arbeiterschaft erwächst aus unserer Haltung im Reichstage kein Nutzen, sondern

#### neuer Mut und neue Begeisterung

wird sie durchdringen, neuer Mut und neue Begeisterung wird den christlichen Arbeitern erfüllen, weiter zu kämpfen, damit seine wirtschaftliche Lage eine immer bessere wird.

Nach Annahme des bereits in der vor. Mr. veröffentlichten Schlusswort des Kollegen Arbeitsschreiber Nost, einer Aufrufung zu ehriger Auflärungsarbeit, ihr Ende.

## Der Arbeitsmarkt im April.

Wenn wir in unserer letzten Volkswirtschaftlichen Rundschau Besprechungen wegen der allgemeinen etwas gedrückteren Lage in der Metallindustrie Ausdruck gaben, so fehlt Ihnen wenigstens inbezüglich auf den Arbeitsmarkt die Bezeichnung. In das Reichsarbeitsblatt berichteten insgesamt 755 Arbeitsnachweise gegen 770 im Vorjahr. Dass sich der Arbeitsmarkt gegen den gleichen Monat des Vorjahres erheblich gebessert hat, beweist die Tatsache, daß 3000 Arbeitsgesuche weniger vorlagen, während eine Zunahme der offenen Stellen um 34000 und der belegten um 17000 zu verzeichnen ist. Für April d. J. lagen vor 333000 Gesuche, denen 238000 offene und 187000 belegte Stellen gegenüberstanden; im Vormonat hatten wir 370000 Arbeitsgesuche, 236000 offene und 194000 belegte Stellen. Die Lage zeigt also eine erhebliche Besserung; die Zahl der Arbeitsgesuche hat sich um 4000, die der offenen Stellen um 10000 vermindert. Das letztere ist weiter nicht von Belang, da die Gesamtzahl der Arbeitsgesuche hinter den offenen Stellen um ein bedeutendes (17000) zurückbleibt. Auf je 100 Stellen kommen bei männlichen Personen je 143 Arbeitsgesuche, gegen 147 im März 1911 und 166 im April des letzten Jahres.

Auch der Arbeitsmarkt für die Metallindustrie speziell weist eine Besserung auf. Im März 1911 kamen auf 100 offene Stellen 212 Arbeitsgesuche, im April dagegen nur 208, im April des Vorjahres waren es 209. Auch der Markt für weibliche Arbeitsträger hat sich gebessert. Im März 1911 kamen auf 100 offene Stellen 138 Arbeitsgesuche, im April nur 135. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres weist diese Zahl allerdings eine Verschlechterung auf; hier kamen auf 100 offene Stellen nur 127 Arbeitsgesuche. Diese Tatsache beweist uns aber, daß die Lage des Gewerbes gesunder geworden ist, denn zahlreiche Verwendung weiblicher Arbeitsträger war noch immer ein Zeichen niedergehenden Geschäftsganges.

Die Besserung auf dem Arbeitsmarkt tritt noch klarer hervor, wenn wir folgende Zahlen betrachten. Im ganzen lagen vor 3709 Arbeitsgesuche, denen 1153 offene Stellen und 866 belegte gegenüberstehen. Im März lagen 4055 Arbeitsgesuche, 1112 offene Stellen und 818 belegte vor. Während sich also die Zahl der Gesuche um 346 vermindert hat, hat sich die der offenen Stellen um 41, die der belegten um 48 vermehrt. Der Arbeitsmarkt hat, wie wir aus den angeführten Zahlen ersehen, eine starke Besserung erfahren. Hoffentlich ergibt die wieder gute Lage des Gewerbes, die wir das letzte Mal zu konstatieren hatten, einen Rückgang.

## Der Stuttgarter Bauschlosserstreit und seine Begleiterscheinungen.

Es mag bitter sein für die Genossen und ärgerlich für die Genossenschaftsleiter, sieben Wochen gestreikt und dann schließlich noch weniger herausgeschlagen zu haben wie die „Christen“ gegen Streik. Noch ärgerlicher ist es für einen christlichen Genossenschaftsleiter natürlich, daß die „Christen“ erst recht aufleben, wenn er glaubt, sie nun bei nahe über gar ganz „abgemurkt“ zu haben; vollends als „moralischen Selbstmord“ aber empfindet er es, wenn er eine bei der „Christenverfolgung“ erlittene Schlappe wahrheitsgemäß eingestehen soll.

Trohoem, eine Schlappe ist eben eine Schlappe; und wer mit dem Großindustriel als Gefährten in den Kampf zieht, muß eben konsequenterweise auch die Folgen davon.

Bereits vor 6 und 3 Jahren beteiligten sich unsere Kollegen im Stuttgarter Schlossergetriebe an den Tarifverhandlungen. Aber trotz des solidarischen Vorgehens unsererseits wurde die Mitunterstützung der Verträge durch unsere Vertreter von den Genossen hintertrieben. Daselbe unehrliche Dünkelpiel versuchten sie auch bei der diesjährigen Tarifverhandlung. Grossspurig und provozierend erklärten die Genossenschaftsleiter den Meistern: „Im Beisein der Christen verhandeln wir nicht!“ Rote mit sozialistischen Wahnbüchern verkleidete Heoten hielten unglücklich die Sachlage den christlichen Schlossern zumuteten, den Genossen noch nachzulassen. Trotz dieses terroristischen Verhaltens waren die Meister unverständlicherweise den Genossen aufsangs noch zu Willen und verhandelten zuerst mit ihnen. Als bezeichnend wollen wir hier feststellen, daß der rote Beamte Böckel nach diesen Verhandlungen den Meistern gegenüber schon durchblicken ließ, daß er die gemachten Zugeständnisse für annehmbar halte; sein „Ober“ Genossen aber war darüber anderer Meinung. Sofort nach Kenntnisnahme schrieb er den Meistern, es sei ausgeschlossen, daß die Gesellen dieses Resultat zugetragen würden. Die roten Schlossergesellen lehnten dann auch — nach einer Notiz in der „Schwäb. Tagwacht“, „trotz des objektiven Vertrages“ — die seitens der Meister gemachten Zugeständnisse ab. Für den mit den Verhältnissen vertrauten steht es fest, daß die rot organisierten Schlosser nicht ausschließlich wegen der geringen Zugeständnisse der Meister in den Streik traten; anfänglich spielte der Umstand hinein, daß die Schlosser sich gegen ein ähnliches Komödienpiel zur Wehr setzen wollten, wie es der rote Metallarbeiterverband mit den Glasnern getrieben hatte. Später, nachdem wir dann einen Tarif mit den Meistern abgeschlossen hatten, der den Gesellen namhaft Verbesserungen brachte, streikte man eigenhändig weiter nach der von tollstem Christenhass eingegebenen Parole der roten Leitung: „Es wird solange gestreikt, bis wir das „Bäckerdund Christen“ abgemurkt haben.“ Unsere Kollegen aber ließen sich durch das Geschehen und den Terror fanatisierter „Freiheitshelden“ nicht beirren und sorgten dafür, daß ihnen das Konzept gründlich verfallen wurde.

Der größte Schlosserbetrieb Stuttgarts ist die Firma Nottaker. Mit dieser Firma schloß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband zu Beginn der Bewegung einen Sondervertrag ab. Dieser Vertrag enthält so „unfaire Verbedingungen“, daß die Genossen sich garnicht getrauen, ihn zu verlassen, geschweige denn, ihn den christlichen Vertrag gegenüber zu stellen. Ganz naiv ließ sich die „Schwäbische Tagwacht“ vernehmen, bei Nottaker „war es möglich, die geforderten Lohnsätze bis auf eine Stufe vollinhaltlich zu bewilligen“. Die eine Stufe wird natürlich die sein, auf die es für die Arbeiter in der Hauptfahne kommt und deren „vollinhaltliche“ Bewilligung der Firma etwas gelöst hätte. Wie das Genossenlepibulum außerhalb Stuttgarts aber bei dieser Gelegenheit wieder angeschwindelt wurde, zeigt eine Notiz der sozialdem. Essener „Arbeiterzeitung“, worin es heißt:

„Ein ähnliches Vertragskunststückchen liefert uns das Verhalten der „Christen“ in Stuttgart. Dort stehen bei der Firma Lößler seit 14 Tagen die Bauschlosser im Streik. Zu dem Betrieb sind 20 christliche Metallarbeiter tätig, während der Deutsche Metallarbeiterverband dort 431 Anhänger hat. Während nun der Metallarbeiterverband alles versucht, um die Forderungen, die auch von den „Christen“ unterstützt wurden, durchzusetzen, kümmern die Christenbrüder hinter dem Rücken der Streikleitung mit der Firma Verhandlungen an. Es wurde zwischen „Christen“ und der Firma ein Tarif abgeschlossen, der einige kleine Nebenzahlungen enthielt.“

Zu Wirklichkeit aber lagen die Dinge so: Für sämtliche Schlosserbetriebe Stuttgarts kamen etwa 300 Gesellen in Frage, und nach dem Abstimmungsergebnis standen 126 rot organisierte Schlosser im Streik. Den Meistern suchten die roten Arbeitervertreter bessererer Blausäbel zu machen, es lämen für Stuttgart kaum ein „Bäckerdund Christliche“ in Betracht — in der von denselben Leuten inspirierten Zeitungsnotiz aber wird konstatiert, daß schon in einem Betrieb allein 20 christliche organisierte Schlosser stehen. So kneien die Genossen die Wahrheit nach Bedarf zurecht.

Weg in die Parade gefahren war den Genossen dann auch die von uns zur Neuerweihung der roten Treibereien einberufenen öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Der Arbeiterkongress des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei der Glasnnerbewegung“. Der rote Generalstab hieß jetzt den Zeitpunkt für gekommen, die damals geholte blamable Schlappe wieder auszuweichen und tat der Stuttgarter Oberschichtlichkeit fund und zu wissen, daß am Freitag, den 5. Mai, im großen Saale der Arbeiterhalle eine „große Jagd auf Schwarzwild“ arrangiert werde. In der Einladung war als Themen angekündigt: „Ist der Streikbruch des christlichen Metallarbeiterverbandes beim Bauschlosserstreit in Stuttgart eine Einzelrichtung in der christlichen Arbeiterbewegung?“ Meister: Karl Borchholzer, Bezirksleiter.“ Dann hieß es weiter:

„Als die christlichen Vertreter vor einigen Wochen bei der Glasnnerbewegung zu den Verhandlungen nicht zugelassen wurden, beriefen die Christlichen eine öffentliche Versammlung ein, um über angeblichen „Arbeitervertrag des Deutschen Metallarbeiterverbandes“ zu Gericht zu sitzen. Den Streikbruch in Stuttgart benutzen die Christlichen, sich als die einzige richtige Vertretung der Arbeiterschaft in Empfehlung zu bringen; in aller Welt behaupten sie, der denkende Teil der Arbeiterschaft rückt immer weiter von der sozialdemokratischen Bewegung ab.“

Wir laden nun zu dieser Versammlung die Metallarbeiter Stuttgart, darunter auch die denkenden, vollzählig ein; an die Herren Kolloffath, Kuhn und Krug sind extra Einladungen ergangen.“

Der „rote Generalstab“ glaubte mit dieser Veranstaltung mal etwas Zug in die Kolonne bringen zu können; er sah sich aber wiederum schmälerlich getäuscht. 11000 Mitglieder will der sozialdemokratische Metallarbeiterverband allein und die „freien“ Gewerkschaften insgesamt wollen nur 35000 M-

glieder in Stuttgart haben. Von diesen waren aber sage und schreibe ganze 200 Männer aus in der Versammlung; ob „auch die Denkenden“ darunter, lassen wir dahingestellt. Das ist ein unzweideutiger Beweis dafür, daß selbst sozialdemokratische Arbeiter mit dem terroristischen und arbeitschädigenden Treiben des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nicht einverstanden sind. Die ganze Veranlagung endete so mit einem wohlverdiensten lärmmerlichen Fiasco für die roten Führer. Daß die mit „Extra-Einkünften“ beeindruckt im Verein mit den denkenden Arbeitern auf den Besuch der Komödie verzichteten, ist selbstverständlich. Die „Schwäbische Tagwacht“ raffte sich endlich eine Woche nach der Versammlung zu einem Bericht auf, in dem der Kündige zwischen den Zeilen deutlich die Wut darüber herauslesen konnte, daß Rothölzer mit der Christenfresserei in Stuttgart abgewirtschaftet hat.

Als nun alles nicht mehr „ziehen“ wollte, fühlten sich die Genossen Anfang Mai bewogen, bei den Schlossermeistern wieder um „gut Wetter“ anzuholzen. Nicht der Gewerbegerichtsvorsitzende war es, wie die Genossenpresse es darzustellen für gut fand, der bis für die Genossen von vornherein verlorene Sache wieder einzurichten suchte, sondern von Genossenseite trat man an die Meister heran, ob sie zu Verhandlungen bereit seien. Die Meister gestanden denn auch nunmehr den Genossen einen Tarif zu, der von unseren Kollegen nicht mit Unrecht als schlechter als der von uns abgeschlossene bezeichnet und abgelehnt wurde. Nach dies u. Vertrag würden sie zunächst einen vollen Stundentlohn einbüßen, da für die geplante Arbeitszeitverkürzung kein Lohnausgleich geschaffen wurde; so erklärt es sich, daß selbst rote Schlosser, die diesen Tarif mit „erklärt“ haben, nun auf den errungenen „Vorteil“ verzichten und Samstag bis 5 Uhr arbeiten. Auch die Lohnregelung in dem von den Genossen „erklärten“ Tarif kann nicht befriedigen. Ganz besonders der Kommentar zu dem die Lohnfrage regelnden § 4 mußte unsere Kollegen stützlich machen. In einer öffentlichen Erklärung suchte die sozialdemokratische Verbandsleitung seit die verdiente, weil selbstverschuldet Niederlage als Erfolg herauszuputzen und sich der unsrerseits gegen sie erhobenen Anklagen zu erwehren. Sie macht sich dabei (siehe die betreffenden Artikel in der roten Tagesspreche und in der Metallarbeiterzeitung) die Sache höchst einfach und nimmt nach beobachteten Mustern von den Tatsachen nur das, was sie zur Konstruktion eines roten Erfolges gebrauchen kann. Die als maßgebend in Frage kommenden Stellen des von uns abgeschlossenen Tarifes werden einfach unterschlagen; unterschlagen wird dann aber auch — und das ist sehr bezeichnend — der Wortlaut des sanierten Kommentars zum § 4 des roten Tarifs. Wir zeigen deshalb diese Lautschilkbestimmungen hierher um der Offenlichkeit zu zeigen, wie die Polemik der Genossen auf eine bewußte Täuschung der Offenlichkeit und der eigenen Mitglieder berechnet ist und wie recht unsere Stuttgarter Kollegen haben, wenn sie an ihrem ohne Streik abgeschlossenen Tarife festhalten. Der sanierte Kommentar hat nämlich folgenden Wortlaut:

Kommentar zu § 4. Die Lohnsätze für die Gesellen bis zum 5. Arbeitsjahr sind bestimmt niedergelegt. Der Lohnsatz für ältere selbständige Gesellen mit 62 Pf. wird von allen Gesellen zu verlangen sein, die tatsächlich selbständig arbeiten können. Ist ein Gejelle mit mehr als 5 Arbeitsjahren nicht selbständig, so kann ein Lohn unter 62 Pf. angesetzt werden, der aber über 56 Pf. betragen muß; von dieser Lohnfestsetzung muß dann den Obmann der Schlichtungskommission Mitteilung gemacht werden. In diesem Falle soll auch der Geselle Mitteilung machen.

Dieser „Kommentar“ spricht für sich selbst, und das Verhalten unserer Kollegen bedarf keiner weiteren Erläuterung. Der Scheiß der Genossen, einen eigenen Tarif zu haben, ist ja bestiedigt; mögen sie sehen, ob sich ihre „Erfolge“ praktisch bewähren. Wenn der rote Metallarbeiterverband diesmal bei der Befriedigung seiner terroristischen Alitäten mehr Glück hatte wie der rote Schuhmacherverband in Stuttgart und mit einem blauen Auge davongekommen ist, so hat er das lediglich dem Entgegenkommen der Schlossermeister zu verdanken. Die Stuttgarter Schuhmachermeister halten für das Bestreben der Genossen, den christlichen Lederarbeiterverband auszuschalten, ein festentschiedenes Nein und die roten Schuhmacher konnten nach zehnwöchentlichem Streik „bedeutungslos“ die Arbeit wieder aufnehmen. Unsere Kollegen aber haben durch ihr entschiedenes Eintreten für die Gleichberechtigung der christlichen Arbeiterschaft bei Tarifabschlüssen gezeigt, daß es auch in roten Hochburgen wie Stuttgart durch den festen Zusammenhalt der christlichen Arbeiter möglich ist, den roten Größenwahn und Machtdrücke in seine Schranken zurückzuweisen. Auch die Bäume der Genossen wachsen nicht in den Himmel!

\* \* \*

Bei dieser Gelegenheit müssen wir, so ungern wir es tun, noch der bestreitlichen — und nicht zu sagen feindlichen — Haltung des Stuttgarter Gewerbegerichtsvorsitzenden gegen die christlichen Gewerkschaften Erwähnung tun, wie sie besonders bei der dortigen Flaschnerbewegung, in die Erscheinung trat. Die Flaschnermeister ließen sich bekanntlich damals durch die Großsprechereien der Genossen bestimmen, unser Verband vom Vertragsschlüsse auszuschließen. Unsere Vertreter setzten sich daraufhin mit dem Gewerbegerichtsvorsitzenden in Verbindung. Kalt lächelnd aber meinte dieser Herr, der sozialdemokratische Verband habe eben die Mehrheit, da ließe sich nicht viel machen. Er läutet eben den Obermeister der Innung an und bemerkte, die Innung sei nicht gesonnen, mit uns einen Vertrag abzuschließen; im übrigen, so fuhr der Herr fort, halte ich heute mittag Dienstfrei und werde davon Gebrauch machen. So bei der Flaschnerbewegung. Da hatte der Herr für die christlich-nationalen Arbeiter kaum 10 Minuten freie Zeit, für die Genossen bei der Schlosserbewegung aber hatte der Gewerbegerichtsvorsitzende sogar seinen vollen dienstfreien Tag übrig. Den Vertretern der christlich-nationalen Arbeiter, die ihn höflich ersuchten, dorthin wirken zu wollen, daß beim Zustandekommen eines allgemeinen Vertrages auch unser Verband zum Endabschluß zugezogen werde, erklärte er, es sei ihm Diskretion auferlegt (von den Genossen etwa?) und die wolle er halten. Unter Hinweis auf Dr. Preuner-München auf das Sonderbare seines Verhaltens aufmerksam gemacht, bemerkte der Herr bat sich: „Behöreren Sie sich wo Sie wollen, ich führe diese Verhandlungen als Privatmann.“ Nun hat aber weder der sozialdemokratische Verband noch die Innung mit dem „Privatmann“ Dr. Groß über den Tarif verhandelt, sondern mit dem Gewerbegerichtsvorsitzenden, wie dies aus ihren Ausführungen unzweideutig hervorgeht. Wir wollen es dem Privatmann Dr. Groß nicht verbürgen, wenn er der Meinung ist, die christlich-nationalen Arbeiter hätten in Stuttgart den sozialdemokratischen Tarif

Feld zu räumen oder sich unter der Krone der roten Gewalt herrschaft zu ducken; wir werben uns da an die Meinung des Privatmannes nicht losen — und handeln. Von dem Gewerbegerichtsvorsitzenden aber kann und darf verlangt werden, daß er den christlich-nationalen Gewerkschaften mit denselben Objektivität gegenübertritt wie den sozialdemokratischen. Im übrigen lassen sich die christlichen Arbeiter nicht als rechtslose Helote behandeln; denn selbst in roten Hochburgen zahlen auch noch andere Beute ihre Gemeindebesteuern wie die Sozialdemokraten. Wie verlangen keine Privilegien, sondern Gleichberechtigung und diese werden wir uns, wenn's sein muß, auch zu erkämpfen wissen; das hat der Verlauf des Kampfes im Stuttgarter Schlosserarbeitergewerbe bewiesen. An unseren Kollegen in Stuttgart und allerorts ist es nun, unablässig an der Stärkung unseres Verbandes mitzuarbeiten, dann sind wie auch stets in der Lage, uns die Anerkennung und Gleichberechtigung zu erzwingen und alle arbeiterverräterschen Bestrebungen mit Erfolg zu bekämpfen.

## Die neue Reichsversicherungsordnung.

### 2. Buch: Krankenversicherung.

Zunächst ist eine erfreuliche Verbesserung festzustellen. In der dritten Lesung im Plenum des Reichstags wurde aus Antrag der Kompromissparteien der Kreis der Versicherungspflichtigen wie der Versicherungsberechtigten erweitert. Entsprechend dem Kommissionsbeschlusse in erster Lesung wurde die Gehaltsgrenze auf 2500 M. heraufgesetzt. Es sind nun versicherungspflichtig die Betriebsbeamten, Werkmeister und andere Angestellte (auch Gewerkschaftsfunktionäre), sowie Handlungsgeschäfte, Privatschreiber usw. mit einem Jahresverdienst bis zu 2500 M. Bis zu dieser Gehaltsgrenze können sich die bezeichneten Kategorien, wie auch kleine Gewerbetreibende und Betriebsunternehmer freiwillig versichern. Zu den vorausgegangenen Artikeln ist das zu berichtigten und überall statt 2000 M. 2500 M. zu setzen. Wie kommen nun zur

### Organisation der Krankenkassen.

zu den Arten der Krankenkassen. Vieles schwerte als Ideal die Einheitskasse etwa in Form der bisherigen Ortsklassen vor. Die Zentralisierung wurde gefordert mit dem Hinweis auf die größere Leistungsfähigkeit grosser Kassen, die billigere Verwaltung und weil dadurch manche Nachteile beseitigt würden, die den Versicherten beim Wechsel der Arbeitsstätte erwachsen. Die Vermänglungen, die hinsichtlich des letzten Punktes gemacht werden konnten, wurden durch das neue Gesetz ziemlich ausgeräumt. Nach § 225 bekommt ein Erkrankter, der zu einer anderen Kasse übertritt, ohne weiteres die Leistungen dieser Kasse. Diese können allerdings schlechter sein als bei der ersten Kasse. Aber nach dem bestehenden Rechte bekommt ein solches Mitglied beim Kassentausch zunächst überhaupt keine Unterstützung mehr, bezw. wurde in die neue Kasse nicht aufgenommen, und die bisherige Kasse hatte keine weiteren Verpflichtungen mehr. Auf den § 26, nach dem auch die wegen Erwerbstätigkeit ausscheidenden Versicherten den Anspruch auf Leistungen bei der bisherigen Kasse behalten, ist schon hingewiesen worden; ebenfalls auf § 326 betreffend die Weiterversicherung überhaupt. Die Versicherten können also in Zukunft sowohl beim Kassentausch wie beim Ausscheiden aus einer Kasse gewisse Leistungen und Rechte vorbehalten; sie müssen nur die gesetzlichen Vorschriften beachten, insbesondere die Anmeldefristen einhalten. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, verliert also die Einheitskasse ihre Bedeutung. Es zeigt sich aber auch, daß die zentralisierten Ortsklassen durchaus die Erwartungen nicht erfüllten, die man hinsichtlich ihrer Leistungen und der Vollständigkeit ihrer Verwaltung an sie stellte. Kollege Abgeordneter Becker (Arnsberg) vertritt im Reichstage auf die Münchener Ortskasse. Nach der Zentralisierung der verschiedenen Ortsklassen dort stiegen die Verwaltungskosten und sonstigen Ausgaben so, daß die Leistungen herabgesetzt werden mussten. Auch die Statistik ergibt, daß die zentralisierten Ortsklassen bezüglich ihrer Leistungen nicht immer an der Spitze stehen. Diese Tatsachen, die Verschiedenheit der Berufe und Bedürfnisse, die Wünsche grosser Anteilstengruppen sprachen gegen die Einheitskasse; es gelang nicht, sie im Reichstage durchzuführen. Die Anzahl der Kassenvarten wird jedoch abgemindert und die Errichtung neuer Betriebsklassen erschwert. Es fallen weg die Gemeindekrankenkassen und Bauernkrankenkassen. In Zukunft gibt es Ortsklassen, Betriebskrankenkassen, Kunionskrankenkassen und die neu eingeführten Landkrankenkassen als Träger der Krankenversicherung. Dazu kommen die Sonderkrankeklasen der Staatsbetriebe, die landesgesetzlichen Knappeskassen und die freiwilligen Erholungskassen.

Die 16. Kommission hatte in der ersten Lesung die für die

### Betriebs-Krankenkassen

grundlegenden Paragraphen gestrichen. Die verbündeten Regierungen ließen hierauf durch ihre Vertreter erklären, daß ohne Betriebskrankeklasen die Reichsversicherungsordnung nicht zustande komme. Damit war der Bericht auf Beseitigung der Betriebskrankeklasen gescheitert. Es müssten also die Verhandlungen darüber wieder aufgenommen werden. Die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten arbeiteten nun darauf hin, daß die Neuerrichtung solcher Kassen von der Zustimmung der beteiligten Arbeiter abhängig gemacht werde. Ein diesbezüglicher Antrag wurde in d. Kommission auch angenommen, aber dann bei der Gesamtobstimmung mit Hilfe der Sozialdemokraten abgelehnt, die auch hier wieder ihre erfolglose „Prinzipienpolitik“ zum Schaden der Arbeiter anwandten.

Nach dem alten Gesetz könnten Betriebskrankeklasen errichtet werden von Unternehmen, die 50 oder mehr versicherungspflichtige Arbeiter beschäftigen, oder auch für Betriebe mit weniger als 50 Arbeitern, wenn diese besonderen Krankheitsfaktoren ausgeübt waren. Nach dem neuen Gesetz hängt die Errichtung einer Betriebskrankeklasse von der dauernden Beschäftigung von mindestens 150 Versicherungspflichtigen ab; bei landwirtschaftlichen oder Binnenschiffsbetrieben genügen mindestens 50 Versicherungspflichtige. Es wurde aber bestimmt, daß bei Saisonbetrieben die Mindestzahl für mindestens zwei Monate vorhanden sein muß.

Nach der Regierungsvorlage bedeuten diese Beschlüsse des Reichstags keinen Fortschritt. Die Regierungsvorlage hatte eine Mindestzahl von 500 Versicherungspflichtigen gefordert und statthaft eine Herauslösung von 250 und im Binnenschiffsbetrieb auf 50 zu lassen wollen. Aber dank der Unzulänglichkeit und Lampenflecke der Sozialdemokratie einerseits, des Einflusses der Unternehmer andererseits kamen die oben genannten Bestimmungen trotz des Widerstands unserer Kollegen Becker, Behrens und Schirmer zustande.

Neben den Betriebsklassen sind wohl die Innungsklassen die am meisten angesehene Kassenart; auch sie bleibt bestehen. Ihr Weiterbestand wird mit den historisch gewordenen Verhältnissen gerechtfertigt. bestehende Klassensassen werden nach Inkrafttreten der Versicherungsordnung ebenso wie die bestehenden Ortsklassen und ihre Leistungsfähigkeit auf die Dauer gesichert ist. Vor der Errichtung einer neuen Kasse ist auch der Gesellenausschuss zu hören.

Ortskrankensassen werden für örtliche Bezirke errichtet (allgemeine Ortskrankensassen); ebenso Landkrankensassen. Beide Kassenarten sind in der Regel innerhalb des Bezirks eines Versicherungsamts zu errichten. Die Landkrankensasse ist ein Ertrag der bisherigen Gemeindekrankensasse. Die Leistungen der Landklassen sind geringer wie die der Ortsklassen, aber doch besser als die der bisherigen Gemeindeklassen. An der Verwaltung der Gemeindeklassen waren die Versicherten nicht beteiligt, wohl aber bei der Landkasse. So erscheint die Landkasse immerhin als eine bessere Kassenart als wie die bisherige Gemeindeklasse. Die Hauptversammlung ist ja die, daß in der Landkrankensasse nunmehr alle landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten zu einer Versicherung kommen, ein Ziel, um das 28 Jahre in der Deffentlichkeit und im Reichstag geläufig wurde. Es war auch nur zu erreichen, durch einen Kompromiß, durch Nachgiebigkeit auf allen Seiten des Reichstags. Die Mängel der Landklassen werden wohl von keiner Seite verkannt. Da die Hindernisse gegen Besseres unüberwindlich erscheinen, überließ der Reichstag es der Landesregierung, hier weiter zu gehen. Nach § 237 kann diese bestimmen, daß für das Gebiet des betreffenden Landes Landklassen überhaupt nicht errichtet werden, sondern nur Ortsklassen. Neben der allgemeinen Ortskasse dürfen so schon Landklassen nicht errichtet werden, wenn sie deren Bestand gefährden, bzw. wenn sie nicht mindestens 250 Mitglieder haben würden.

Ersaklassen sowie Hülfsklassen werden zugelassen, wenn ihnen dauernd mehr als 1000 Mitglieder angehören. Auf Antrag einer bestehenden Hülfsklasse kann die oberste Verwaltungsbörde die Mindestzahl der Mitglieder auf 250 herabsetzen. — Die

### Verfassung der Kassen

in dem neuen Gesetz ist ähnlich geregelt wie bisher. Für jede Kasse muss eine Satzung errichtet werden, die den Kreis ihrer Mitglieder angibt und Bestimmungen trifft über die Art und den Umfang der Leistungen, Höhe der Beiträge und Zahlungszeit, Zusammensetzung, Rechte und Pflichten des Vorstandes, über die Zusammensetzung und Berufung des Ausschusses als Vertretung der Versicherten. Die Satzung bedarf der Genehmigung des Oberversicherungsamts, ebenso ihre Aenderung.

Bei den Ortskrankensassen besorgen Vorstand und Ausschuss die Geschäfte der Kasse. Nach dem Regierungsentwurf sollten diese beiden Kassengänge je zur Hälfte von und aus den beteiligten Arbeitgebern und von und aus den Versicherten gewählt werden. Diese Bestimmung im Zusammenhang mit der Wahl der Beiträge hätte die Selbstverwaltung der Kassen durch die Versicherten befehligt. Die Wahl der Beiträge wurde aus diesem Grunde von der Kommission und dem Reichstag abgelehnt; damit fiel auch die Wahlhälftung. Zwei Drittel der Vertreter der Versicherten sind also von den volljährigen Arbeitern zu wählen; das übrige Drittel von den Arbeitgebern. In allen Angelegenheiten, die die Leistungen der Kassen, die Beiträge betreffen, haben also die Arbeitgeber die ausschlaggebende Mehrheit; wenn sie einig sind. Damit auch Minderheiten eine Vertretung erhalten können, ist die Verhältniswahl vorgeschrieben worden.

Die Wahl des Vorstandes im Vorstand ist anders geregelt worden als bisher. Gewählt ist nämlich nur derjenige, der die Mehrheit der Stimmen sowohl aus der Gruppe der Arbeitgeber als auch der Versicherten im Vorstand erhält. Die beiden Gruppen müssen sich also einigen, wenn sie einen Vorstand nach ihrem Geschmack haben wollen, sonst wird er vom Versicherungsamt bestellt. Damit das Amt aber einer Kasse nicht jeden beliebigen Vorstand bestimmen kann, wurde festgesetzt: Ein Arbeitgeber darf nur dann als Vorstand-Vorsteher bestellt werden, wenn die Mehrheit der Gruppe der Arbeiter gegen ihm keinen Einspruch erhebt; umgekehrt ist es ebenso.

Der Stellvertreter des Vorsitzenden im Vorstand ist anders gewählt worden als bisher. Gewählt ist nämlich nur derjenige, der die Mehrheit der Stimmen sowohl aus der Gruppe der Arbeitgeber als auch der Versicherten im Vorstand erhält. Die beiden Gruppen müssen sich also einigen, wenn sie einen Vorstand nach ihrem Geschmack haben wollen, sonst wird er vom Versicherungsamt bestellt.

Bei den Betriebskrankeklasen führt der Arbeitgeber den Vorstand. Am Vorstand und Ausschuss hat nach den Beschlüssen der Kommission der Arbeitgeber die Hälfte der Stimmen, welche die jeweilig vertretenen Versicherten zusammen haben. Nach der Vorlage sollte der Arbeitgeber gleichviel Stimmen haben. Wenn nun bei dieser Zusammensetzung ein Beschluß nicht austraße kommt, so entscheidet das Versicherungsamt, bezw. das Oberversicherungsamt. Bei der Landkrankensasse wählt die Vertretung des Gemeindeverbandes den Vorstand und die anderen Mitglieder des Vorstandes. Diese Mitglieder müssen zu einem Drittel den beteiligten Arbeitgebern und zu zwei Dritteln den bei der Kasse Versicherten angehören.

Neben diese Bestellung des Vorstandes, über die Wahl des Vorstandes bei den Ortsklassen und über die Bestimmungen betreffend die Ausstellung der Kassenbeamten ist in den letzten Wochen so viel geschrieben worden, daß füglich davon Abstand genommen werden kann, hier näher darauf einzugehen. In der nächsten Übersicht wird die Invalidenversicherung behandelt werden.

### Aus der Arbeiterbewegung.

#### Der Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (G.-D.)

hielt in den Tagen nach Pfingsten seinen 15. Delegiertentag in Berlin ab. Als Hauptpunkt der Tagesordnung stand hervorzuheben ein Referat des 1. Vorsitzenden Gleichenhaus von Berlin über: „Die Notwendigkeit der Schaffung eines Reichsarbeitsteils“, sowie ein Referat des Beizirkleiters Götschel-Duisburg über: „Die Lage der Arbeiter in der Hütten- und Walzwerksindustrie“. Die Ausführungen Gleichenhaus gipfelten in der Forderung, daß der Staat, der für die Vereinigung des Kapitals durch Schaffung des Aktiengesetzes gesorgt, dem Handel durch das Handelsgesetz die nötige gesetzliche Grundlage gebe; auch der Vereinigung der Arbeiterschaften eine rechtliche Grundlage zu geben habe. Eine die Forderungen des Referenten zusammenfassende Resolution fand einstimmige Annahme. Des weiteren fand im Anschluß an das Referat Götschel eine entsprechende Resolution statt, in der der

Delegiertentag u. a. die alten Forderungen des Hüttenarbeiter-  
schutzes,achtstundenschicht, Verbot der 24stündigen Sonntags-  
schicht, strikte Durchführung der Bundesratsverordnung vom  
1. April 1909, Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen, Ver-  
besserung der sanitären Einrichtungen etc., sowie Erräumung  
eines gesetzlich garantierten Mitbestimmungsrechtes bei der  
Verwaltung der Wohlfahrtseinrichtungen, insbesondere der Pen-  
sionskassen, an die Arbeiter, auß neue erhebt und zu ben-  
ennen macht.

Aus den weiteren Verhandlungen, die sich bis Montag den 12. Juni hinzogen, heben wir noch folgendes hervor: Dem Generalrat wurde Vollmacht erteilt, bis zu fünf neue Bezirkältester anzustellen in Landestreffen, in denen das Bevölkerungsproblem besonders vorgetragen wird. Dann sprach der Delegiertentag die Erwartung aus, daß die Mitglieder durch Geschlossenheit, Einmütigkeit und Opferwilligkeit alles versuchen, um den Gewerksverein durch Zusammensetzung neuer Mitglieder zu förbern. Schließlich wurden die Anträge über Statutenänderung beraten. Danach sollen fortan männliche Mitglieder über 18 Jahre nach freier Wahl entweder 35 Pfsg. oder 15 Pfsg., weibliche Mitglieder über 18 Jahre und solche, die während der Mitgliedschaft invalide werden, 20 Pfsg., Jugendliche unter 18 Jahren 10 Pfsg. wöchentlich zahlen. An die Ortsvereine sollen keine Darlehen mehr für außerstatutarische erhöhte Unterstützungen gewährt werden, alle Mitglieder werden vielmehr aufgefordert, den erhöhten Betrag von 45 Pfsg. freiwillig zu zahlen. Zur Organisation der Jugend wurde betont, daß diese von allen Mitgliedern gefördert werden muß, um die heranwachsende Jugend nicht wie bisher dem Gewerksverein zuzuführen.

# Generalversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes.

In der Pfingstwoche, vom 5. bis 10. Juni, hielt der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in Mainz seine 10. ordentliche Generalversammlung ab. Auch dieser Verbandsstag stand wieder, wie sein Vorgänger, vor der Notwendigkeit einer „Finanzreform“, um der zum großen Teil durch eine verfehlte Unterstützungsökonomie herausbeschworenen Misere ein Ende zu machen. Der Verbandsvorsitzende Schlide kam in seinem Geschäftsbericht u. a. auch auf die Hamburger Streitigkeiten bei Abschluß der Werkarbeiterbewegung zu sprechen, die bekanntlich zur Kündigung des Beamten Ihle durch die Hamburger Ortsverwaltung führten, weil Ihle entgegen dem Auftrage der letzteren, sich an das Verbandsstatut und an die Weisungen des Zentralvorstandes gehalten hatte. Dabei erwähnt Schlide auch folgenden bezeichnenden Vorfall: In einer Sitzung habe er bemerkt, daß, wenn die Hamburger nicht nach dem Statut handeln, sie es sich gefallen lassen müßten, nach dem Statut behandelst zu werden. Darauf sei ihm zugeufen worden: „Wenn ihr ein zweites Mainz haben wollt, so handelt nur so!“ Die Generalversammlung müsse sich dafür aussprechen, daß ein solches Vorgehen gegen Anstellte, wie es die Hamburger beliebten, unstatthaft sei. Die im Anschluß an die Hamburger Vorgänge eröffnete Diskussion über das Thema „Massen und Führer“ sei völlig unplaziert gewesen, da Massen und Führer bei der Bewegung vollständig einig gewesen seien. Unzufriedenheit herrsche nur, weil für die Arbeiter bei dem Streit zu wenig herausgekommen war. Schlide appelliert dann zum Schlusse an die Mitglieder im Interesse der Einheit und Geschlossenheit vergleichlichen Differenzen ruhig und besonnen zu beurteilen. In der Diskussion über den Geschäftsbericht spielte der Hamburger Streit die erste Rolle; doch war man allseitig bemüht, die Sache ruhig zu behandeln, und Massatsch (Stuttgart) meint zum Schluß: Hoffentlich halte die ruhige Beurteilung der Dinge durch Littmann (Hamburg) noch an, wenn er wieder den heimatlichen Boden betrete. — Die Verschmelzungsvorprojekte des Schmiedeverbandes und des Heizer- und Maschinistenverbandes mit dem Metallarbeiterverband scheinen noch immer zu keinem Resultat führen zu wollen. Die Schmiede verlangen die Bildung einer eigenen Berufsgruppe innerhalb des Verbandes. In einer Resolution spricht sich die Generalversammlung dagegen aus: zu einer Aenderung der Organisationsform liege keine Veranlassung vor.

Eine der wichtigsten Fragen, womit sich der Verbandstag zu befassen hatte, war der Antrag des Vorstandes, die Beiträge für männliche Mitglieder von 60 auf 70 Pfsg. pro Woche und für weibliche und jugendliche von 25 auf 30 Pfsg. pro Woche zu erhöhen. Von anderer Seite lagen Anträge auf Einführung von Staffelbeiträgen vor; u. a. auch begründet mit der Notwendigkeit der Gewinnung der Hüttenarbeiter. Vom Berichterstatter der Kommission wurde dagegen betont, daß die Hüttenarbeiter nicht zu den schlechtens entlohten Arbeitern gehören und derentwegen sich also die Einführung von Staffelbeiträgen erübrige. Schließlich erklärte sich die Generalversammlung mit 160 gegen 40 Stimmen für die Erhöhung der Beiträge unter Beibehaltung der bestehenden Leistungen. Von den 36 Berliner Delegierten stimmten allein 19 gegen die Beitragserhöhung. Letztere scheinen also von der gewerkschaftlichen Überzeugung und Opferfreudigkeit der Massen keine besonders hohe Meinung zu haben. Des Weiteren lehnte die Generalversammlung einen Antrag des Vorstandes, daß bei großen Ausperrungen die Unterstützung für die erstell. beiden Punkten ganz im Maßstab kommen soll, ab.

ersten beiden Wochen ganz in Begfall kommen und für die folgende Zeit herabgesetzt werden könne, trotz Empfehlung durch die Statutenberatungskommission mit 110 gegen 99 Stimmen ab. Angenommen würde jedoch schließlich eine „Erklärung“ wonach der Vorstand in solchen Fällen nach Anhörung von Vertretern der Verwaltungsstellen die in den einzelnen Beziehen zusammentreten, eine solche Maßnahme treffen kann.

Das für uns wichtigste von dieser Tagung ist die erfolgte Beitragserhöhung im sozialdemokratischen Verband, die sich für ihn als dringende Notwendigkeit erwies. Hoffentlich wissen unsere Kollegen diese Tatsache nun auch für die Stärkung unseres Verbandes nutzbar und fruchtbart zu machen. Es heißt nunmeist: Die Augen auf! Der rote Verband sucht jetzt nach Ablenkungsmitteln, um den Teil seiner „Massen“, dem gewerkschaftliche Einsicht und Opferwilligkeit noch abgehen, bei der Stange zu halten. Wir aber haben kein Interesse daran, uns als ein solches Ablenkungsmittel herzugeben, denn für den Arbeiterstand und speziell für unsere Metallarbeitermöcht könnte das Spiel nur zum Schaden ausfallen.

# Dem Organ der Süddutschen Glasmalermeister zur Begrüßung.

Sechstung.  
In einer vom sozialdemokratischen „Deutsch“ Metallarbeiterverband einberufenen Bettelabsammlung für die Arbeiter der Opelschen Fabrik in Rüsselsheim am Main, sprach am 13. Juni dieses Jahres der sozialdemokratische Beamte und Reichstagabgeordnete Seberring aus Gießen. Als Ergebnis der Belehrungen des angeblich „fascistischen“

deutschen Metallarbeiterverbandes bezeichnete derselbe „die Befreiung des Proletariats von der Herrschaft des Privatkapitalismus“. „Wir streben die kommunistische Gesellschaftsform, in der der Arbeiter für die Allgemeinheit und nicht für den Vor teil einzelner Drohnen schafft.“

Angesichts dieser unzweckentigen Erklärung eines im „deutschen“ Metallarbeiterverband an führender Stelle stehenden Mannes, sollten es sich die Herren Flaschnermeister doch noch einmal überlegen, ob es in ihrem Interesse war, daß ihre Fachorgane den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband in der Verleumdung des christl. Metallarbeiterverbandes beisprang.

## Besträfter Terror.

Der sozialdemokratisch organisierte Schlosser Wiss. Kürz wurde vom Amtsgericht Stuttgart am 7. Juni wegen Beleidigung und Versuch der Arbeitsbehinderung zweier Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes zu einer Gefängnisstrafe von drei Tagen sowie zur Tragung sämtlicher Kosten des Verfahrens verurteilt. Weil die beiden christlich organisierten Schlosser sich weigerten, sich dem roten Terror zu beugen und den vom sozialdemokratischen Verbande gegen den christlichen Metallarbeiterverband gewaltsam inszenierten Streik mitzumachen, hatte der Kürz die beiden christlichen Arbeiter bedroht und eine Flutwelle von Beschimpfungen aus dem roten „Anstandslexikon“ auf sie losgelassen, wofür er harte Strafe erhielt. Er ist ein Opfer der sozialdemokratischen Erhebung und Brüderlichkeit.

## Rundschau.

Einen Fortschritt auf dem Gebiete der kommunalen Arbeitslosenversicherung hat die Stadt Köln gemacht. Im Jahre 1896 hatten einige sozial fortschrittlich gesinnte Männer die Stadtkölnerische Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter ins Leben gerufen. Der erste Vorsichtsgesetzbuch stammte von dem in christlichen Arbeitereisen nicht unbekannten Sozialpolitiker Reichstagsabgeordneten Trimborn-Köln. Der Hauptmangel dieser Versicherung stand darin, daß sie sich nur auf den Winter erstreckte und daher von den Angehörigen verschiedener Gewerbe nicht genutzt werden konnte. Um diesem Mangel abzuhelfen, voreiligend aber, um eine weit größere Zahl von Arbeitern gegen Arbeitslosigkeit zu versichern, trat die Verwaltung der Stadt Köln in den Gedanken einer Reform der bis jetzt bestehenden Versicherungskasse näher. Die Beratungen, an denen auch Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften teilnahmen, haben fast zwei Jahre gedauert. Das Ergebnis liegt jetzt vor. Vorsichtiglich tritt am 1. Juli 1911 für die Stadt Köln eine Versicherungskasse gegen Arbeits- und Stellenlosigkeit ins Leben. Mitglied kann jeder Arbeitnehmer werden, der regelmäßig im Hauptberuf unselbstständig erwerbstätig und nicht Beamter ist, seit 13 Wochen in Köln wohnt oder in seiner Anmeldung vorhergehenden 26 Wochen mindestens 13 Wochen innerhalb der Stadtgemeinde Köln in seinem Hauptberufe beschäftigt war und aus diesem einen Tagesverdienst von mindestens 2,50 Mk. bezieht; auch darf er keinen Anspruch auf andere Arbeitslosenunterstützung haben. Arbeiter unter 18 Jahren können nur mit Genehmigung des gesetzlichen Erbtrüters (Vater, Mutter usw.) beitreten, und müssen einen Verdienst von mindestens 1,60 Mk. täglich haben. Die Mitglieder werden in drei Gefahrenklassen eingeteilt, je nachdem in ihrem Berufe die Arbeitslosigkeit mehr oder weniger häufig ist. Die wöchentlichen Beiträge betragen je nach Gefahrenklasse 15, 20 und 45 Pf. bei einem Bezug von 6 und 0,75 Mk. Tagegeld und 20, 30 und 60 Pf. bei 1 und 1 Mark Tagegeld. Für über 60 Jahre alte Arbeiter erhöhen sich die Beiträge auf 20, 25 und 56 bezw. 25, 38, 75 Pf. Für die ersten drei Tage der Arbeitslosigkeit wird ein Tagegeld nicht gezahlt. Tagegeld wird im Höchstmaß während 60 Tagen in 52 Wochen gezahlt, und zwar entweder 2 Mk. während der ersten 20, und 0,75 oder 1 Mk. während der weiteren 40 Tage. Berufsvereine von Arbeitnehmern, die in Köln eine selbständige Betriebsverfassung

nehmern, die in Köln eine selbständige Verwaltungs-  
le haben und Arbeitslosenunterstützung gewähren, können  
Kasse durch Abschluß eines Vertrages als Mitglied bei-  
ten. Auf Grund dieses Vertrages wird dem Verein Rück-  
sicherung für einen Teil der von ihm gezahlten Arbeits-  
unterstützung gewährt, und zwar für jeden Zoll und Tag  
5 M. nach Entrichtung von 52 Wochenbeiträgen, 1 M.  
104, 1,25 M. nach 156 und 1,50 M. nach 208 Wochen-  
tagen, höchstens aber das Sechzigfache dieser Säke  
erhalb 52 Wochen. Die Unterstützung des Vereins muß  
mindestens 25 Pfsg. höher sein. Die Beiträge für diese  
Glieder, die von dem Verein an die Kasse zu entrichten  
sind wesentlich niedriger, als die der übrigen Mitglieder.  
Betragen je nach der Gefahrenklasse 4, 10 und 30 Pfsg.  
Wentlich und ermäßigen sich weiter auf die Hälfte, also auf  
5 oder 15 Pfsg., wenn die Organisation innerhalb der ersten  
5 Wochen nach Eröffnung der Kasse, also voraußichtlich  
12. August dieses Jahres, beitritt. Seitens der Stadt  
wird ein jährlich zu leistender Zuschuß bis zu 100 000  
Pf geleistet.

\* \* \*

Der bedeutende Wohnungstag trat nach siebenstündiger Pause zu einer dreitägigen Verhandlung in Leipzig zusammen. Die umfangreichen Beratungen, die wir hier natürlich nicht entfernt wiedergeben können, befaßten sich vorwiegend mit der öffentlich-rechtlichen Seite der Wohnungswirtschaft. Das Thema des ersten Verhandlungstages war, abgesehen von einer allgemeinen, warmherzigen Ansprache des Vorsitzenden Grafen v. Posadowsky, sogar vollständig fix bestimmt. Drei Redner äußerten sich über „unsere staatlichen Körperschaften als Behörden in der Bodensfrage“. Es und mehr bricht sich die Erinnerung Bahn, daß auf dem zweiten Tag des Wohnungswesens mehr getan werden muß als er. Erstaunlich dabei ist, daß man auch in den Kreisen, bisher der staatlichen Sozialpolitik nicht allzu viel Sympathie entgegenbrachte, eine Rundfunkverzeichnung fand. So endeten sich z. B. in einem Leitartikel der Kölnischen Zeitung der zweiten deutschen Wohnungstag folgende bearbeitete Gedanken:

„Kein, die eigentliche Wohnungsfrage spürt sich auf eine soziale Frage zu, auf Erwägungen darüber, wie für die se unsrer städtischen und industriellen Bevölkerung die ch ihr gerades Einkommen nun einmal bedingte Klei- h n u n g h y g i e n i s c h , m e i s t e n s ü r d i g hergestellt werden kann. dieser Kennzeichnung der Wohnungsfrage als einer in erster sozialen Frage ist schon gesagt, daß ihre Anangriffe auch Sache der Allgemeinheit, der öffe n t l i c h l i c h e n Verhältnisse in Gleislinie auf dem Gebiete

der Arbeiterversicherung diese Erkenntnis nunmehr eine Selbstverständlichkeit geworden, wie sie gegenüber den sozialen Kämpfen im Vorbringen begriffen ist — man berufe an das Arbeitsklammergesetz, an den Vorschlag eines Reichseinigungsamts — so wird man sich auch bei der Erörterung des Wohnungssproblems immer mehr darüber klar, daß Selbsthilfe und freiwillige Leistungen hier nicht mehr ausreichen; daß unser großen Rechtsverbänden, Reich, Staat, Provinz, Kreis und Stadt die Pflicht zur Mitarbeit, zur Führung obliegt.“

Der Alkohol als Vernichter der Gesundheit und des Lebensglücks. Im Bericht des städtischen Krankenhauses Friedrichshain-Berlin schreibt der Director der inneren Abteilung, Professor Stadelmann: An „Säuferleber“ wurden 32 Krankle behanbelt, von denen 7 gestorben sind. Außerdem zirka 100 wegen akuter bzw. chronischer Alkoholerkrankung bezw. Säuferwahniss. „Die Zahl derselben ist also trotz des angeblichen Schnapsbohleotts gegen das Vorjahr um knrka 50 gestiegen und erreicht wieder die Höhe von 1907. Die Zahlen aber reichen keineswegs aus, um die verderblichen und verheerenden Folgen des Alkoholmissbrauchs bei unserer Bevölkerung in der hiesigen Gegend deutlich zu machen. Man sieht den größten Teil der Fälle von chronischem Muskel-Neumatismus und chronischem Gelenkneumatismus bei den Männern (ebenfalls zirka 100), bei denen der Alkoholismus eine sehr oder minder große Rolle spielt, von Erkrankungen des peripheren Nervensystems (Neuralgie 37), von Neuroasthenie (7), von Erkrankungen des Herzens, speziell des Herzmuskeles (0), der Blutgefäße (speziell Arteriosklerose), der Nieren (126) einzuteilen. Bei allen diesen Fällen war meistenteils chronischer Alkoholismus als Krankheitsursache nachweisbar.“ Ganz offenkundig hoch ist speziell die Zahl von Nierenentzündungen, deren Ausbildung erfahrungsgemäß durch Trunk wesentlich begünstigt wird. — Aus dem Jahresbericht des preußischen Ministeriums des Innern geht hervor, daß in den 100 unter Aufsicht unterstellten Gefängnissen und Strafanstalten, am 1. April 1909 bis 31. März 1910, die Alkoholiker einen wesentlichen Bestandteil der Neuinhaftierten ausmachen. Von den neu eingelieferten männlichen Gefangenen waren 599 Gebruhheitstrinker. „Im betrunkenen Zustand hatten 1030 der Alkoholiker ihre Strafstat ausgeführt. Diese erschütternden Bilder rechtssertigen den Kampf gegen den Alkohol vollaus.“

Die Konsumgenossenschaft „Eintracht“ in Groß-Köln hat am 10. Juni ihre umfangreichen Neuanlagen dem Verkehr übergeben. Das 14 000 Quadratmeter große Grundstück wurde im Jahre 1908 für 145 000 Mk. gekauft. Im Februar 1910 wurde bereits die Bäckerei eröffnet; die das zweite der beiden großen Gebäude einnimmt. Sie backt monatlich 100 000 Mk. Brot. Das zweite große Gebäude enthält das Zentrallager mit den Bureauräumen. Der gesamte Kostenwandsatz betrug 700 000 Mk.; die Anlage ist mit 100 000 Mk. Hypothek belastet. In dem Gebäude sind die neuesten technischen Errungenschaften zur Anwendung gekommen, Kalt- und Warmwasseranlage, eigene Wasserpumpe mit Motorbetrieb, die Wasser für den Wirtschaftsbedarf liefert, Warmwassergenuss, Lüftungsheizung, Kühlstation, große Deltanks, die zusammen 20 000 Liter fassen. Unter den vorhandenen Maschinen inspruchten besonderes Interesse die Kaffeewiegmaschinen, in Bäckerei die Witl- und Wiegemaschinen, die Knetmaschinen, Sieb- und Mischmaschinen für das Mehl usw. Acht Dosen Doppelherden stehen in der Bäckerei. Daß es an Bedienrichtungen, zahlreichen Waschgelegenheiten, Aufenthaltsräumen für Frauen und Männer usw. nicht fehlt, braucht nicht vorgehoben zu werden, ebenso wenig, daß mit den Arbeitern Pausenverträge abgeschlossen sind. Für den Warentransport den Brotvertrieb sind 14 Pferde und drei Automobile vorhanden. Gegründet wurde die Konsumgenossenschaft „Eintracht“ im Jahre 1902 von 150 Arbeitern und Bürgern. Heute beträgt die Mitgliederzahl 20 000; der Gesamtumsatz im neunten Geschäftsjahr beziffert sich auf fünf Millionen Mark im Jahr, der ausichtliche Gewinn auf  $\frac{1}{4}$  Million Mark. 1 300 000 Mark sind bereits an Rückergütungen bezahlt worden. Ferner ein Reservefonds von über 200 000 Mk. angesammelt.

Bei der A.-G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb in Rottweil beträgt der Reingewinn für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr nach Abschreibung von 1800 000 M. (seit drei Jahren) 4 446 426 M. (i. B. 3 808 677 M.) Die Dividende erhöht sich auf 14 Proz. (i. B. 12 Proz.), wodurch werden 136 426 M. (68 677 M.) Ueber die Stahl- und Eisenproduktion macht der Geschäftsbericht folgende Angaben. Mit zwei Hochofenen wurden 70 631 To. (69 891 To.) Eisen erbläsien. Das Stahlwerk und die Stahlgießerei erzielten 56 700 To. (53 100 To.) Flußeisenblöcke und 1520 (1236 To.) Stahlgußartikel, die Eisengießerei, Werkstatt Kesselschmiede stellten 3144 To. (3113 To.) Gußwaren 2041 To. (1260 To.) Konstruktionsarbeiten her, und das Walz- und Walzwerk Marthahütte erzeugte 62 612 To. (85 To.) Form- und Handelseisen. — Die A.-G. Karlning, Eisengießerei- und Werkzeug-Maschinenfabrik in Beleidenbörk, hat nach Geschäftsbericht eine weitere Erhöhung des Umsatzes erzielt. Der Rohgewinn beträgt einschließlich 7770 M. (6092 M.) Vortrag 327 468 M. und bei 35 M. (54 544 M.) Abschreibungen der Reingewinn 307 M. (i. B. 124 395 M.) Daraon erhält bis Rücklage M., der Umlaufbestand 3000 M., der Vorstand der Aufsichtsrat 11 663 M., ferner werden 8 Proz. (7 Proz.) Dividende und 11 842 M. (7770 M.) Vortrag vorgeschlagen. Der Abschluß der Nürnberger Feuerlöschgeräte- und Maschinenfabrik vorm. Justus Christian Braun, A.-G. ergibt nach 6 M. (i. Vorj. 44 067 M.) Abschreibungen einschließlich 9 M. (69 079 M.) Vortrag 104 018 M. (116 536 M.) Reingewinn, der zur Verfügung der Hauptversammlung steht (Sparfahrt wurden 4 Proz. Dividende verteilt.) — Die Metall- und metallurgische Gesellschaft, A.-G. in Frankfurt beträgt 6½ Proz. (i. B. 6 Proz.) Dividende bei gleichzeitiger Abschaltung des Vortrags um rund 300 000 M. — Bei den Vereinigten Deutschen Nickelwerken, A.-G., in Schwerin, beträgt der Gewinn für das Geschäftsjahr 1910/11 2 029 562 M. (in 1 816 734 M. im Vorjahr.) Der Aufsichtsrat beschloß 10 Proz. Dividende (16 Proz.) vorzuschlagen. — Die Elektro-A.-G., vormals W. Dahmeier und Co. in Frankfurt a. M. hat einen Reingewinn von 1 312 017 M. zu verzeichnen. Es ist 4 Proz. Dividende verteilt worden. — Die Firma Hilti und Lorenz, Maschinenfabrik für Metallbearbeitung in Zürich wurde mit 1 000 000 M. Kapital in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Wie die rote Masse verschwindet wird von der sozialdemokratischen Presse und den Führern, das geht auf keine Rücksicht. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schmidt-Berlin verhindert es nicht, in einer sozialdemokratischen Versammlung in Essen mit offensichtlichen Unwahrheiten zu operieren. Nach der sozialdemokratischen Erfenner-Arbeiterzeitung Nr. 134/1911 sagte er u. a.:

"Man muß ferner im Auge behalten, daß die Vorlage seit Anbeginn eine Mehrlastung der Arbeitgeber um 56 Millionen Mark vorsah zur Durchführung der Hälfte der Beiträge für die Krankenkassen, um den Arbeitgebern die gleichen Rechte wie den Arbeitern in der Belebung der Kassenbelegungen zur Generalversammlung zu verschaffen; die bis jetzt, entsprechend den Kassenbeiträgen, zu einem Drittel den Arbeitgebern und zu zwei Dritteln den Arbeitern zustanden. Den Unternehmern ist diese Belastung erspart geblieben; doch ist ihr Erfolg nicht allein bis auf die Hälfte der Stimmen in der Generalversammlung gestiegen, ohne deren Einwilligung kann jetzt sogar nicht mehr die geringste Statutenänderung rechtsfähig werden."

In Wirklichkeit ist in allen entscheidenden Fragen über die Ausgestaltung der Leistungen bei den Krankenkassen das bisherige Zwiedrittelsrecht den Arbeitern gewahrt worden. Nach wie vor haben es die Arbeiter mit ihrer Zweidrittelsmehrheit in der Hand, die Höhe der Leistungen über die Mindestsätze innerhalb des Beitragsmaximums zu bestimmen. Nur in der Anstellung der Beamten ist eine Veränderung eingetreten. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme konnte bei den Reichstagssitzungen nicht einmal von den Sozialdemokraten bestritten werden. Vom Regierungsvorstand wurde nachgewiesen, daß die Berliner Krankenfasse der Kaufleute, an deren Spitze Dr. Cohn steht, ein Mann, der von Anfang an in der Deutschen Krankenfassenzentrale eine führende Rolle spielte, Verträge abgeschlossen hat, wonach den Beamten, welche durch die Dienstvorbereitung aus ihrem Beamtenverhältnis ausscheiden, 25 Prozent derjenigen Summe als Abfindung gezahlt werden sollte, welche sie insgesamt während ihrer Dienstzeit von der Kasse als Gehalt bezogen haben; d. h. ein Beamter, der 20 Jahre lang zu einem Gehalt von 4000 M. an einer Kasse beschäftigt war, würde bei seiner Entlassung 2000 M. Abfindung erhalten. Diese Dinge könnten auch die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht gutheißen; sie machten daher auch keine Schwierigkeiten und die Bestimmungen wurden gefasst. Es ist daher mehr als eine Doppelschwierigkeit, wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten jetzt drausen im Lande ihrer gläubigen Herde in Volksversammlungen das Gegenteil des wahren Sachverhaltes vorschwindeln. Ein Schulbeispiel für die Verlogenheit der sozialdemokratischen Presse, befindet sich im roten Tabellarbeiter Nr. 24/1911. Es heißt dort über die Haltung der sozialdemokratischen Partei zur Altersgrenze in der Altersversicherung:

"Die sozialdemokratische Partei hat aber 1905 in Jena und 1909 in Leipzig, wie auch früher auf ihren Parteitagen stets an dem gleichen Standpunkt festgehalten, nämlich die Jahreszahl von 70 auf 65 herabzusehen. Trotzdem spricht der christliche Lügenbund von einem entgegengesetzten Standpunkt. Früher könnten Reihsverbandslügen auch nicht ausfallen."

Hier wird also glattweg ein falscher Parteitagabeschluß abgezogen, der sich im offiziellen Protokoll befindet. (Parteitag zu Jena 1905 S. 124 des Protokolls.) Höher geht die Freiheit nicht. Mit diesen Leuten ist natürlich eine erste Auseinandersetzung nicht möglich. Sie überlässt man ihrem Schicksal. Unsere Kollegen erkennen überdaraus, was die roten Häßlinge ihrer blindgläubigen Masse vorschwindeln dürfen, ohne Widerspruch zu finden.

## Streiks und Lohnbewegungen.

### Zur Tarifbewegung der Schlosser in Freiburg i. Br.

Wie wir bereits in der Nr. 23 kurz mitteilen konnten, ist die Tarifbewegung der Bau- und Kunstschorler in Freiburg i. Br. mit einem guten Erfolg für die Arbeiter beendet. Noch am 20. Mai hatte es den Anschein, als ob die Schlossermeister unter keinen Umständen genötigt seien, mit den Organisationen der Arbeitnehmer zu verhandeln. Die am 24. Mai abgehaltene Versammlung der Schlossermeister brachte aber in diesem Punkte eine Wendung zum Besseren. Nach heftigen Auseinandersetzungen gelang es einer Minorität der Meister, die Mehrheit für ihre Ansicht — mit den Arbeitervorganisationen in Tarifverhandlungen einzutreten — zu gewinnen. Jedoch wurde hier die Einschränkung gemacht, nur bei Mitgliedern der Innung beschäftigte Gesellen zu zulassen. Bei den Verhandlungen am 27. Mai wurden dann auch zwei Arbeitervertreter, die leichterer Bedingung nicht entsprachen, von den Meistern abgelehnt; demgegenüber aber die bindende Zusicherung gegeben, den Tarifvertrag nur mit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter abzuschließen. In den Verhandlungen wurden dann auch Zugeständnisse angeboten, aber lediglich solche, die den Gesellen finanziell wenig oder gar nichts einbrachten; die Lohnsätze hingegen wollte man so normieren, wie sie bisher schon bei den schlechter zahlenden Meistern gebräuchlich waren. Angeboten wurden: Im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit 30—35 Pf., im zweiten bis vierten Jahre 35—42 Pf. und vom fünften Jahre an 42—50 Pfennig pro Stunde. Für ältere selbständige und tüchtige Gesellen ein Werk nach Abschluß. Auch wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 10 auf 9½ Stunden zwar zugestanden, jedoch nicht eine entsprechende Stundenlohnzähmung für solche Gesellen, welche bisher die in diesem Tarifmuster vorgesehenen Löhne schon bezogen. Die Annahme dieser Bestimmung hätte also für diese Kollegen eine Verschlechterung ihres Einkommens zur Folge gehabt. Da die Meister in dieser Verhandlung keine weiteren Zugeständnisse machten, sah sich unser Kollege Tränkle zu der Erklärung genötigt, daß dieser Tarif für uns unannehmbar sei, da er die Arbeiter statt besser, wirtschaftlich schlechter stellen würde; die Arbeiter seien jedoch nach wie vor zu einer Verständigung auf unnehmbaren Grundlage bereit.

Sie auf den 29. Mai einberufene Schlosserversammlung beschloß dann auch nach Kenntnisnahme des Resultats der Verhandlungen mit 48 gegen 1 Stimme, joss in den nächsten zwei Tagen keine Einigung erzielt werde, am 1. Juni in den Streik zu treten. Sie beauftragte dann je einen Vertreter unserer und der beteiligten sozialdemokratischen Organisation am folgenden Tage persönliche Verhandlungen mit den Meistern anzubauen. Die Meister schenken jetzt eins, daß es uns bitter ernst war mit unseren Forderungen und zeigten sich nun zu einem wirklichen Entgegenkommen bereit. Der erste Tarifver-

trag für das Freiburger Schlossergewerbe kam zustande. Die Zugeständnisse die er uns bringt, sind kurz folgende:

1. Die Arbeitszeit beträgt vom 1. April bis 1. Oktober 16 Stunden; vom 1. Oktober bis 1. April 9 Stunden.
2. Samstag ist ½ Stunde; an den Tagen vor Weihnachten, Oster- und Pfingsten 2 Stunden früher Arbeitsschluß ohne Lohnabzug.
3. Für Überstunden werden 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag bezahlt.
4. Der Lohn beträgt nach beendeter Lehrzeit pro Stunde:

im ersten Halbjahr nicht unter 33 Pf.

im zweiten " " 35 "

im 3. " " 38 "

im 4. " " 42 "

im 5. " " 45 "

von da an " " 53 "

und für besonders leistungsfähige Gesellen nach Übereinkunft entsprechend mehr.

5. Diejenigen Arbeiter, welche die vorstehenden und höhere Löhne bereits verdienten, erhalten eine Lohnzulage von 5 Prozent.

6. Bei auswärtigen Arbeiten werden an Zulagen gewährt: bei Neubauern 2,50 M., für nur Mittagessen 1 M. für verheiratete und 50 Pf. für ledige Gesellen. Gang und Fahrzeit gilt als Arbeitszeit. Als Ablauf des Vertrages wurde der 31. März 1912 bestimmt.

Dieser Vertrag wurde am 31. Mai in geheimer Abstimmung von den Gesellen einstimmig angenommen. Er bringt uns neben den bedeutenden Verbesserungen materieller Art auch die Anerkennung der Organisation und ist für uns ein wichtiger Anfang; auf dem weiter gebaut werden kann. Gleichzeitig wurde hier auch ein Tarif in der Instrumentenmacher- und Bandagistenbranche abgeschlossen; an dem unser Verband beteiligt ist. Auch dieser brachte den Kollegen neben der neuenländigen Arbeitszeit eine bedeutende Lohnauflösung und konnte ohne Streik durchgeführt werden.

Bezeichnend bei der Tarifbewegung im Schlossergewerbe aber ist, daß die Freiburger Schlossermeister sich gerade auf den 31. März 1912 als Ablaufstermin versteiften. Da an diesem Tage viele Tarifverträge ablaufen, liegt die Annahme nahe, daß die Meister sich von gewisser Seite beeinflußt fühlten, als dann mit dabei zu sein; sie hätten also in dem Falle ihre eigenen Interessen dem Interesse gewisser schärfmacherischer Kreise untergeordnet. Nun, wir können es schließlich ja nicht ändern. Die Gesellen aber werden jedenfalls alle Eventualitäten im Auge behalten und durch weitere Stärkung ihrer Organisation dafür sorgen, daß sie gerüstet sind.

Bemerkenswert bei dieser Bewegung ist dann noch, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband im Gegensatz zu seinem Verhalten in anderen süddeutschen Städten bereit war, gemeinsam mit uns vorzugehen. Zu diesem Verhalten sah er sich wohl hauptsächlich durch die Zahl der in unserem Verband organisierten Schlosser genötigt — oder sollte man auf der Seite aus den Vorgängen in Stuttgart etwas gelernt haben? Hoffen wir das Beste — und halten wir die Augen auf. — Das eine aber steht fest; die Freiburger Schlosserfesen waren nie zu dem schönen Resultat gekommen, wenn sie nicht durch ihre Einigkeit und Geschlossenheit imponiert hätten. Diese Bewegung hat unseren Kollegen gezeigt, daß durch die Organisation großes zu erreichen ist, wenn unter den Mitgliedern der richtige gewerkschaftliche Geist gepflegt wird. Auch in Baden ist, wenn wir mit dem rechten Eifer uns an der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit beteiligen, noch eine große Anzahl von Kollegen für den christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen. Der Mitgliederzuwachs hier in Freiburg ist der sprechendste Beweis dafür.

Nun gilt es noch bei der Firma Beierle, die etwa 60 Bauschlosser beschäftigt, und nicht zur Innung gehörig, den Tarif einzuführen; da ja gerade dort die schlechtesten Löhne anzutreffen sind. Die größere Anzahl der dortigen Kollegen ist im sozialdemokratischen Verband organisiert, weshalb unserseits dort noch nichts unterzunehmen werden konnte. Erfreulicherweise ist aber auch dort in letzter Zeit die Zahl unserer Anhänger gestiegen. Es liegt im ureigensten Interesse der Arbeiter, wenn sie allsorts in größerer Zahl ihre wirtschaftliche Interessenvertretung im christlichen Metallarbeiterverband suchen, der Einigkeit und Geschlossenheit werden dadurch die Wege geebnet und Arbeitersinteressen schädigende Unkenrufe, wie: "Mit den „Christlichen“ zusammen verhandeln wir nicht!" sind dann völlig unschädlich gemacht.

Mögen die Kollegen allseitig aus der Freiburger Bewegung die Lehre ziehen: Vor allen Dingen Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes; damit allein ist die Gewähr für die Erhaltung der Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter bei einer Bewegung gegeben — und mehr wie bisher werden Bewegungen auch ohne lange Kämpfe zu einem befriedigenden Resultat für die Arbeiterschaft führen.

\* \* \*

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzutragen, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Düsseldorf.** Die Eisengießerei der Firma Schwarz ist für Körner aespert.

**Düsseldorf-Werlath.** Die deutsche Maschinenfabrik ist für Dreher und Maschinenarbeiter aller Art aespert.

**Schloß-Holte.** Auf der "Holter Eisenhütte" (Inh. Dr. H. Tenge) stehen die Arbeiter im Streik. Zurück von Beschlagschmieden, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

**Danzig.** Auf der Seeschiffswerft F. Schichau ist Streik ausgebrochen. Zugang von Handwerkern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbing ist fernzuhalten.

**Regensburg.** Hier selbst stehen die Schlosser im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

**Sendenhorst i. W.** In den Sendenhorster Emailierwerken sind Differenzen ausgebrochen.

**Menden-Bösprede.** In der Drahtweberei und im Kettzug der Firma "Neuwalzwerk" sind Lohndifferenzen ausgebrochen. Zugang von Drahtarbeitern aller Branchen ist fernzuhalten.

**Dortmund.** Der Arbeitenachweis des Arbeitgebers, Moritzgasse 1, ist für sämtliche Berufe gesperrt.

**Velbert.** Auf dem Eisenwerk Krone haben sämtliche Bohrgussformer die Kündigung eingereicht.

**Siegen.** Die Siegener Stahlhöfenwerke G. m. b. H. in Weidenau sind infolge erheblicher Altkorbreduzierungen für die Arbeiter aller Berufe gesperrt.

**Siegen.** Über die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Walzenbau und Verzinkerei ist die Sperrung verhängt.

**Siegen.** Bei der Firma Peiper & Cie., Walzendreher und Gleiserie, stehen die Walzendreher im Streik. Zugang von Walzendrehern ist streng fernzuhalten.

**Wittingen, (Kreis Nees).** Auf dem Puddel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Altkörden im Streik. Zugang von Puddlern und Walzwerkarbeitern ist fernzuhalten.

**Berlin.** Die hiesigen Baulempner stehen im Streik. **Garmen-Mitterhausen.** Sämtliche Arbeiter der Kettenfabrik von Köhler und Voentamp stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

**Kanten.** Der Streik bei der Firma Prang Söhne ist mit Erfolg für die Arbeiter beendet.

**Hildesheim.** Der Streik der Klempner, Berginner, und Hilfsarbeiter der Maschinenfabrik Eduard Ahlborn ist am Freitag, den 9. Juni infolge friedlicher Vereinbarungen beigelegt worden. Die Arbeit ist am Montag, den 12. Juni wieder aufgenommen worden.

## Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 25. Juni 1911 der sechzehnzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. Juni bis 1. Juli 1911 fällig.

Die Ortsgruppe Singen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokal-Beitrages von 5 Pf. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

## Aus dem Verbandsgebiet.

**Hameln.** Auch in unserer alten Weserstadt hat nun endlich der christl. Metallarbeiterverband seinen Einzug gehalten. Einem Teil der hiesigen Metallarbeiterchaft leuchtet es ein, daß die Sozialdemokratie und die in ihrer Gesellschaft befindlichen Gewerkschaften in der Praxis nur arbeiterfeindlichen Tendenzen nachjagen, wohingegen die christliche Gewerkschaftsbewegung die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter mit Umsicht und Erfolg vertreibt. Am Sonntag, den 21. Mai fand nun hier selbst eine gut besuchte Mitgliederversammlung im Lokale Pollweg, Rogenstr. 1, statt. Der Vorsitzende, Kollege Kreienbrink, wies nach Eröffnung auf die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Versammlung hin. Kollege Boneben hielt dann einen Vortrag, worin er die Frage behandelte: „Warum fordern wir die christlichen Gewerkschaften?“ Redner zeigte, wie notwendig der Zusammenhalt der christlichen Arbeiter zur Wahrung ihrer berechtigten wirtschaftlichen Interessen gegenüber den Arbeitgebern sei. Andererseits aber auch kann die christliche Arbeiterschaft sich nur durch die Macht der Organisation mit Erfolg des sozialdemokratischen Terrorismus entwehren. Redner ging dann des näheren auf die Arbeits- und Tarifmonopolbestrebungen der roten Gewerkschaften ein und appellierte an die Anwesenden, durch ihre eifrig Agita- tion dafür Sorge zu tragen, daß unser Verband hier bald die Stelle einnehme, die ihm gebührt. Der Vorschlag des Referenten hier am Orte eine Auskunftsstelle für christliche Arbeiter einzurichten fand den Beifall der Versammlung.

Kollegen von Hameln! Festen Fuß hat der christliche Metallarbeiterverband jetzt hier gesetzt! An euch ist es nun, hand ans Werk zu legen, mitzuarbeiten an der weiteren Festigung und der weiteren Ausbreitung eurer Organisation. Tue ein jeder sein bestes und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

**Düsseldorf.** Seit einiger Zeit ist hier eine Bewegung bei in den Maschinenfabriken und Eisengießereien beschäftigten Metallarbeitern auf Verkürzung der Arbeitszeit, Schaffung eines Ausgleiches für den durch die Verkürzung entstehenden Lohnausfall und bessere Entlohnung der Überstunden in Vorbereitung. In einer sehr zahlreich besuchten Versammlung beschäftigte sich die christliche Metallarbeiterchaft mit dieser Frage. Einseitig erklärte Kollege Leupke, daß es nicht richtig gewesen sei, wenn der sozialdemokratische Metallarbeiterverband des längeren sich mit dieser Frage beschäftigt habe und eine größere Bewegung hätte, diese in Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen, sowie in eigenen und öffentlichen Betriebsversammlungen berate, ohne die anderen Organisationen zu berücksichtigen. Diese Art der Einleitung einer Bewegung ließe sich der christliche Metallarbeiterverband niemals wieder gefallen. Ein einseitiges Vorgehen sei immer zum Schaden der Arbeiter ausgeliefert. Kollege Schmitz-Köln zeigte in seinem Referat, daß die Frage der Erhöhung der Altkorb- und Stundenlöhne, Arbeitszeitverkürzung und Regulierung der Überstunden in der Düsseldorfer Metallindustrie nach dem gewaltigen Erfolg der deutschen Industrie, die sich durch die vervollkommen Tecknik auf dem Weltmarkt einen herstellenden Platz erkämpft habe, keine Frage zu sein brauche, deren Lösung unüberbrückbare Schwierigkeiten entgegenstehen. Sind wir auf der einen Seite tonangebend geworden, so zeigt diese Entwicklung aber auch ihre Schattenseiten, namentlich in Bezug auf die steigende Unfallgefahr. In den letzten 9 Jahren ist eine Steigerung der Unfälle um 7,14 Prozent zu verzeichnen. Die hohe Unfallgefahr steht im Zusammenhang mit der langen Arbeitszeit, die wir haben. Eine Feststellung der Berufsgenossenschaften beweise, daß der Samstag in der Woche die höchste Unfallziffer aufzuweisen habe. Abspannung des Arbeiters sei die Ursache. Eine eindrückliche Sprache redet eine Statistik des Reichsversicherungsamtes über die zeitliche Verteilung der Betriebsunfälle. Daher sei die lange Arbeitszeit zu verwerfen. Im Interesse von Leben und Gesundheit, Sittlichkeit und Familienleben, Anteilnahme des Arbeiters an den Kulturgütern der heutigen Zeit, liege eine von der Industrie zu tragende Arbeitszeitverkürzung. Man soll doch nicht über Verhöhung der Jugend schimpfen, wenn man den Arbeiter durch lange Arbeitszeit seiner Familie entzieht. Staat und Gesellschaft haben daher das größte Interesse an einer Verkürzung der Arbeitszeit. Soll die Selbstverwaltung in den Händen des Volkes liegen, so ist es eine staatspolitische Notwendigkeit, einer errei-

baren Verkürzung der Arbeitszeit die Wege zu ebnen. Ist es denn wirklich wahr, daß der Einwand der Unternehmer wir werden nicht mehr konkurrenzfähig sein, bestätigt ist. Dies ist in eindeutiger Weise widerlegt worden. In den Werkstätten der preußischen Eisenbahn haben wir jetzt die neunstündige Arbeitszeit. Als man sich mit der Frage beschäftigte, schrieb die „Vossische Zeitung“:

„Auf Grund der gemachten Erhebungen hat sich herausgestellt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit von 9½ auf 8 Stunden ein günstiges Verhältnis auf die Arbeiter ausgibt hat. Die Arbeitsfreudigkeit ist gehoben worden und diese haben Zeit gewonnen, sich den häuslichen Arbeiten zu widmen. Die Zahl der Arbeiter, die Gartenschräfte etc. selbst ernten, ist nicht geringer und somit ist die Verkürzung der Arbeitszeit auch in wirtschaftlicher Hinsicht wertvoll. Eine Verminderung des Arbeitsverdienstes ist vermieden worden, da die in der Haushalte nach im Stücklohn tätigen Arbeiter auch in der verkürzten Arbeitszeit denselben Verdienst erzielen. Das Ergebnis läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit die Verhältnisse günstig beeinflußt und insbesondere das Verdienst nicht geschmälert hat und ohne Beeinträchtigung der Eisenbahnenwerksleuten durchgeführt ist.“

Wenn wir trotzdem in unserer Industrie noch 60 und mehr Stunden Arbeitszeit zu verzeichnen hätten, so haben uns hierin andere Länder bedeutend überholst. In den Vereinigten Staaten ist seit 1850 der 9-Stundentag in 27 Territorien für alle Arbeiter eingeführt. In Australien ist der 8-Stundentag allgemein üblich. In Frankreich seit 1904 der gesetzliche 10-Stundentag. In Österreich besteht seit 1875 der 11-Stundentag allgemein. Länder mit hohen Produktivitäten Industrie haben kürzere Arbeitszeit als wir in Deutschland. Eine Verminderung der Arbeitszeit bringt zu einer Regelung der Überstunden. Der Zweck der höheren Bushläge für Überstunden ist der, daß Überstunden zu einem einzudämmen. Gerade hier in Düsseldorf sind Überstunden zu einem beständigen Übel geworden. Ein Arbeiter, der sich hierzu drängt oder gar anbietet, versteht seine Zeit nicht. Für Nacharbeit müssen doppelse Buschläge gefordert werden. Redner legt besonders Wert darauf, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit von täglich einer halben Stunde als die Mindestforderung der hiesigen Arbeiter bezeichnet werden müsse. Die Regelung der Überstunden und der Lohnfrage sollen mit diesen Bestrebungen parallel laufen. Die Durchführung dieser Frage muß Aufgabe aller Metallarbeiter Düsseldorfs sein. Der christliche Metallarbeiterverband wird bei entsprechendem Verhalten der anderen Organisationen seine ganze Kraft einsetzen zur Erreichung dieses Ziels. Es ist bekannt worden, daß die Bewegung, wie sie von sozialdemokratischer Seite eingeleitet worden ist, nicht im Interesse der Arbeiter liegen kann. Wir hoffen daher, daß eine Durchführung durch eine geschlossene Einigkeit möglich sein wird. Der christliche Metallarbeiterverband hat bereits den Beweis erbracht, daß er jederzeit gewillt ist, dem Arbeitgeberinteresse zu dienen. Anderen Bestrebungen werden wir aber niemals Vorwurf leisten. Danach hat man sich auf jener Seite zu richten. Soll nun die Bewegung einen durchschlagenden Erfolg zeitigen, so gilt es weiter zu arbeiten an der Stärkung der Organisation, gilt es besonders auch Einigkeit und mannhafte Solidarität zu über. Darum richte ich an alle Metallarbeiter, soweit sie noch nicht organisiert sind, den Appell: treten Sie ein in den christlichen Metallarbeiterverband, arbeiten Sie mit zu Ihrem eigenen und zum Wohle der Allgemeinheit.

Im Anschluß an den Vortrag erörterte Gewerkschaftsschreiter Deupke die hiesigen Bechältnisse, Arbeitszeit, Lohnzahlungen und Überstundenunterschiede. Im allgemeinen ist die 10stündige Arbeitszeit üblich. Bei der Firma Gebr. Inben wird mit Ausnahme der Gießerei und der Schmiede noch 11 Stunden gearbeitet. (Gießerei und Schmiede sind organisiert.) Auf dem Oberbilker Blechwalzwerk wird auch in den Werkstätten 11 Stunden gearbeitet. Einige Betriebe arbeiten 9½ Stunden, die Eisengussfabrik 9 Stunden, Projektionsapparate 8½ Stunden. In einer Reihe Betriebe ist unter Begefall der Pausen oder Einschränkung der Mittagspause früher Feierabend. Andere Betriebe haben die Arbeitszeit des Samstags, bei 10stündiger Arbeitszeit an den übrigen Tagen, um eine Stunde gekürzt. Überstunden werden in allen Betrieben gefordert, jedoch nur in recht wenigen durch einen Zuschlag zum Lohn, mit einzelnen Ausnahmen auch zum Abloch bezahlt. Die Höhe des Zuschlages ist sehr verschieden. Teils 10—25 Prozent, teils ein abgerundeter Betrag von 10 Pf. pro Stunde wird in einzelnen Betrieben vergütet. Nacharbeit wird nur ganz vereinzelt anerkannt und mit 50 Prozent vergütet. Die Lohnzahlungen erfolgen gleichfalls sehr verschieden, teils jede Woche Volllohnung, teils viertelmal Lohn mit einmaliger Volllohnung. Weider andere Werke alle 14 Tage; andere alle drei Wochen; andere an bestimmten Tagen im Monat Abschlag und Volllohnung.

In der Diskussion erklärte Hakenbach vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Der dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband infolge seiner einseitigen Handlungswweise gemachte Vorwurf wurde von ihm als Seitenhieb aufgesetzt. Dies wurde vom Kollegen Leutke bestritten, da eine Schilderung der Tatsachen noch lange kein Seitenhieb zu sein brauche. Gerade bei einer solchen Bewegung müsse man von Anfang an klar sehen, und darum sei die einseitige Agitationsarbeit des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes im Interesse der Sache zu bedauern. Buhmann vom christlichen Metallarbeiterverband hebt nochmals den Aufrufung in der Technik, der eine stärkere Ausstattung der Kräfte des einzelnen fordere, hervor. Trotzdem haben wir hier die meisten Überstunden zu verzeichnen. Dagegen zu arbeiten sei die Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters. Die christlichen Metallarbeiter sollten sich doch nur endlich in Reich und Gleis der für sie kämpfenden organisierten Arbeiter stellen, dann würden schon bessere Zustände erreicht werden. Der letzteren Ansicht folgten sich auch die folgenden Diskussionsredner an. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 8. Juni im großen Saale des Paulushauses tagende, sehr stark besuchte, vom christlichen Metallarbeiterverband einberufene öffentliche Metallarbeiterversammlung erkläre: 1. Eine angemessene Verkürzung der täglichen Arbeitszeit in den Maschinenfabriken und Eisengießereien Düsseldorfs ist im Interesse von Leben und Gesundheit der Arbeiter, Einfamilien- und Familienleben, Staat und Gesellschaft dringend geboten. 2. Als eine weitere Notwendigkeit erweist sich in diesen Betrieben die Regelung und Besserbezahlung der Über-

stunden. 3. Eine Verkürzung der Arbeitszeit darf eine Verdienstminderung nicht zur Folge haben und bemüht ist eine entsprechende Erhöhung der Löhne vorzunehmen. Die Versammlung beauftragt die Leitungen der Organisationen, die zur Durchführung dieser erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten. Voraussetzung zu einer guten Erledigung ist jedoch die weitere Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen und erwartet die Versammlung, daß sich die christlich-nationalen Metallarbeiter dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen.“

Nach einem Schluswort des Referenten forderte Kollege Deupke nochmals zur gemeinsamen Arbeit für die gerechten Bestrebungen der Metallarbeiter auf. Für unsere Kollegen wird es jetzt doppelt notwendig sein, mit aller Kraft an der weiteren Stärkung unseres Verbandes zu arbeiten. Hilft jeder mit, dann werden wir auch in diesem Jahre mit einem schönen Erfolg abschließen. Darum ein jeder vor die Front!

**Delde i. W.** Ein einbrücksvoller Arbeitertag der christlich-nationalen Arbeiterschaft von Hamm bis Bielefeld fand am Sonntag, den 18. Juni auf dem Schuppenhofe in Delde i. Westf. statt. Tausende hatten sich eingefunden, um in einer einmütigen Willensäußerung zu ihren Standes- und Berufsfragen Stellung zu nehmen. Gleichzeitig aber legte diese Massenversammlung ein beredtes Zeugnis ab von einer tiefwurzelnden christlichen und nationalen Gefügung. Dieses brachte Beifallreicher Kollege Hirschler gleich in der Begrüßungsansprache begeistert zum Ausdruck. Anschließend wurde ein dreiläufiges Hoch auf S. M. Kaiser Wilhelm II. ausgebracht und folgendes Telegramm abgesandt: „Über achttausend Arbeiter versammeln zu einem christlich-nationalen Arbeitertag in Delde i. Westf. übermittelte Euren Kaiserlichen und Königlichen Manifest, das Gelübniß unantastbarer Treue. J. A. Vikar Bödmann; Schreiner Gustav Bischoff, Metallarbeiter Eberhard Holzhausen, Holzhausen.“ Herr Vikar Bödmann sprach sodann im Namen des Festkomitees, den so zahlreich herbeigeeilten Arbeitern den Dank aus und betonte, es sei jetzt eine unabdingte Notwendigkeit, noch mehr wie bisher für die Ausbreitung der Ideen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu sorgen. Hierauf erging Reichstagabgeordneter Kollege Fiedelberg das Wort und sprach über die Bedeutung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung. Redner wies nach, daß heute dem Arbeitervorstand die Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben nicht mehr streitig gemacht werden könne, da unser Wirtschaftsleben durch reine Mithilfe und durch die Intelligenz des deutschen Arbeiters groß und mächtig geworden sei. Brauender Beifall folgte den Ausführungen. Der zweite Redner Arbeiterschreiter, Kollege Gisberts, M. d. R. u. M. d. W. sprach über die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung für Volk und Vaterland. Nachdem der Redner die großartige Entwicklung Deutschlands mit kurzen Strichen gezeichnet hatte, ging er näher auf unsere heutige innere Lage ein, die ihr Gepräge von dem revolutionären Geist erhält. Wer nicht zerstören, sondern aufbauen ist unsere Aufgabe, daran muß jeder Stand mitwirken. Dieser Aufgabe muß auch der Arbeitervorstand gerecht werden. Das will die christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Sie steht als erste und größte Aufgabe an, den Arbeitervorstand zu heben und einzugliedern in die heutige Gesellschaft. Daneben aber wollen wir auch auf das Volksgruppe sehen und für dessen Wohlgehen mitwirken. Und weil wir das wollen, ist es Pflicht der anderen Stände, auch die christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu fördern. (Auch diesem Redner wurde brauender Beifall zuteil.)

Hierauf wurde eine aus der Mitte der Versammlung eingekreiste, sich inhaltlich mit der Essener deckende Resolution angenommen. Der Arbeitertag verurteilte darin die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Reichsversicherungswahrung auf das entschiedenste. Dann heißt es zum Schlus: „Die Versammelten geloben aufs neue, mit nevergängender Kraft und Ausdauer an der Ausbreitung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung tätig zu sein. Denn sie erblicken hierin die beste Antwort die sie der Sozialdemokratie für ihre arbeitsfördernde Taktik und Kampfweise geben können.“ Sodann sprach Gewerkschaftsschreiter Kollege Oberboßel Bielefeld, über die Waffenbrüderlichkeit in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Betonend, daß noch mit größerer Energie und Opferfreudigkeit der Indifferenzismus besiegt werden müsse. Die Sozialdemokratie würde sich bezähmt jenseits auf, weil unserseits ihr nicht schärfer genug entgegentreten wurde. Die Worte für die Zukunft müsse für uns lauten: Hin ein in die konfessionellen Vereine, hinein mit Massen in die christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung. Brauender Beifall wurde auch diesem Redner zuteil.

Nun sprach als letzter Kollege Hirschler das Schluswort. Erhabend sei für alle Teilnehmer diese gewaltige Kundgebung gewesen. Nun käme es darauf an, das Gehörte in die Tat umzusetzen. Feder müsse ein Agitator, ein wackerer Verfechter unserer Sache sein, dann brauche uns für die Zukunft nicht zu bangen. Mit einem begeisterten Hoch auf die christlich-nationalen Arbeiterbewegung endigte die so würdig verlaufene Frier.

## Briefkästen.

**Naumburg.** Unter Kosten, Barstein, Ratingen, Biersen, Brunsbüttel etc. Einstellungen Raumangaben halber zurückstellen müssen. Nächste Rn.

## Sterbetafel.

**Essen.** Am 6. Juni starb unser Kollege Jakob Stebner im Alter von 24 Jahren infolge Lungenentzündung.

**Merkendorf (Siegen).** Am 16. Juni starb unser treuer Kollege Wilhelm Götting im Alter von 35 Jahren infolge eines Tierleidens.

**Köln-Baumhain.** Am 12. Juni starb unser langjähriger und treuer Verbandskollege Josef Kaiserschmid im Alter von 42 Jahren an den Folgen einer Lungenfrankheit.

**Dingelstädt.** Am 22. Mai starb unser Kollege Karl Herwig, Feilenhülfner, im Alter von 33 Jahren an einem Kopfleiden.

## Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Versammlung ohne triftigen Grund keine Versammlung!

**Bochum I.** Sonntag, den 25. Juni, abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus Versammlung mit Vortrag eines auswärtigen Redners.

**Bochum-Weitmar.** Sonntag, den 25. Juni, vorm. punkt 11½ Uhr bei Paul Krell, Ecke Kohlenstraße, Versammlung mit Vortrag eines auswärtigen Redners.

**Bremen.** Unsere Mitgliederversammlungen finden von jetzt ab im Colosseum, Düsternstr. 1 statt. — Am 27. Juni, abends 8½ Uhr öffentliche Metallarbeiterversammlung. Referent: Kollege Arbeiterviertel. Güting-Bochum. Thema: „Die christlich-nationalen Arbeiter im Kampf um ihre wirtschaftlichen Interessen und Ideal. Das Erscheinen alter Kollegen ist Ehrengabe; Unorganisierte mitbringen.“

**Duisburg-Großenbaum.** Sonntag, den 2. Juli, vormittags 11½ Uhr Versammlung mit Vortrag über die Reichsversicherungswahrung bei Schenkel-Sitzardsberg. Referent: Kollege Kraus.

**Duisburg-Meiderich.** Sonntag, den 25. Juni, nachm. 5 Uhr Versammlung im Vereinslokal Hafercamp.

**Duisburg.** Samstag, den 1. Juli, abends 8½ Uhr Versammlung bei Osielen, Wanheimerstraße 98. Die für den 25. Juni angedachte Versammlung fällt aus.

**Duisburg-Hamborn.** Sonntag, den 2. Juli, nachm. 2½ Uhr Versammlung bei Freunden in Margoh am Neumarkt.

**Düsseldorf-Wilk.** Samstag, den 24. Juni, abends 9 Uhr Versammlung bei Menawasser, Biller-Allee.

**Düsseldorf-Gerechheim.** Sonntag, den 25. Juni, vormittags 11 Uhr Versammlung im Lokale „zum roten Hahn“.

**Düsseldorf-Herdt.** (Handweiser). Sonntag, den 25. Juni, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Schmidt, am Handweiser.

**Düsseldorf-Rath.** Sonntag, den 25. Juni, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Schulen, Münsterstraße.

**Düsseldorf-Oberbil.** Sonntag, den 25. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Küller, Kölnstraße.

**Düsseldorf-Gütingen.** Sonntag, den 25. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Schmid, am Handweiser.

**Düsseldorf-Verwaltungsstelle.** Sonntag, den 2. Juli, vorm. punkt 11 Uhr Versammlung für alle Mitglieder der Verwaltungsstelle im Paulushaus.

**Dortmund-Hörde.** Freitag, den 23. Juni, abends 8½ Uhr Versammlung bei Stöte.

**Dortmund-Uhlen.** Sonntag, den 25. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Höllmann.

**Essen-Drittelverwaltung.** Sonntag, den 2. Juli, Jahresfest im Stadtgarten unter Mitwirkung des städtischen Orchesters, sowie einer Gesangsabteilung (120 Mann), gebildet von den Mitgliedern unseres Verbandes. Ebenso finden turnerische Aufführungen statt. Einlaß 6½ Uhr. Kollegen singt für Maennerchor. Die Mitglieder der Nachbar-Drittelgruppen sind nebst den Angehörigen herzlich willkommen.

**Essen-Usterissen-Nord.** Samstag, den 24. Juni, abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag bei Böhmer, Eisenhöferstraße.

**Essen-Fronberg.** Sonntag, den 25. Juni, vorm. 10½ Uhr Branchenversammlung im „Gewerkschaftshaus“, Frohnhauerstraße. Kein Fronberg darf fehlen.

**Essen-Berge-Borbeck.** Sonntag, den 25. Juni, vormittags 10½ Uhr bei Westhoff, Hochstraße, Mitgliederversammlung mit Vortrag des Kollegen Niemisch. Thema: „Die Reichsversicherungswahrung“.

**Essen-Carnap.** Sonntag, den 25. Juni, nachmittags 5 Uhr Mitgliederversammlung bei Hoppe.

**Essen-Kettwig.** Sonntag, den 25. Juni, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Buchmüller.

**Essen-Segeroth.** Sonntag, den 25. Juni, abends 8 Uhr bei Langenberg, Freiheitsstraße, Vortrag des Kollegen Niemisch über: „Die industrielle Entwicklung Deutschlands im letzten Jahrhundert.“

**Essen-Kleinbetriebe.** (Schlosser, Schmiede, Klempner etc.) Samstag, den 24. Juni, abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag im „Gewerkschaftshaus“, Frohnhauerstraße 19.

**Essen-Nützenheid.** Sonntag, den 25. Juni, vormittags 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Wallney, Nützenheidstraße.

**Eisenach.** Samstag, den 1. Juli, abends 8½ Uhr Versammlung in der Clemda.

**Gladbeck.** Samstag, den 24. Juni, abends 7½ Uhr bei Nordpol (Christliches Gewerkschaftshaus).

**Gütersloh.** Samstag, den 24. Juni, Versammlung bei Fahrer, Hauptstraße 28.

**Gütersloh-Wingst.** Sonntag, den 2. Juli, morgens 11 Uhr Versammlung bei Kühn.

**Kiel-Eppendorf.** Samstag, den 1. Juli, abends punkt 9 Uhr Mitgliederversammlung bei Kornbörger, Keplerstraße.

**Köln-Kalk.** Sonntag, den 25. Juni, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Höntagsberg, Breuerstr. Kein Kollege darf fehlen.

**Köln-Humboldtföhrde.** Samstag, den 24. Juni, abends punkt 9 Uhr Mitgliederversammlung bei Hilt, Watzstraße.

**Köln-Rath-Geumau.** Sonntag, den 25. Juni, mittags 1 Uhr Versammlung bei Krein.

**Köln-Lindenthal.** Samstag, den 1. Juli, abends punkt 9 Uhr Gewerkschaftsversammlung im Lokale Sadeler, Bachemstr.

**Köln-Ostheim.** Samstag, den 1. Juli, abends punkt 9 Uhr Versammlung bei Schmid. Alle Kollegen müssen erscheinen.

**Köln-Poll.** Sonntag, den 2. Juli, morgens 11 Uhr Versammlung bei Hockbender, Hauptstraße 28.

**Köln-Wingst.** Sonntag, den 2. Juli, morgens 11 Uhr Versammlung bei Kühn.

**Köln-Schnellweide.** Sonntag, den 2. Juli, morgens 11 Uhr Versammlung bei Groß, Freunde der Bewegung willkommen.

**Köln-Mülheim.** Dienstag, den 27. Juni, abends 8½ Uhr Versammlung bei Nephoh, Regentenstr. Alle erscheinen.

**Karlsruhe.** Samstag, den 24. Juni, abends 1½ Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag im Palmgarten, Herrenstr. 84 a.

**Linden-Dahlhausen.** Sonntag, den 2. Juli, vorm. 11½ Uhr Versammlung bei Wirt Scheidemann in Linden.